

**Vierter Bericht des Fachbeirates
für Bürgerschaftliches Engagement****an den Stadtrat der Landeshauptstadt München
September 2017****Gliederung**

Essay von Prof. Heiner Keupp <i>Bürgerschaftliches Engagement, das Immunsystem eines demokratischen Gemeinwesens</i>	S. 2
1. Einleitung	S. 5
2. Förderung muss da stattfinden, wo die Ideen herkommen! Bürgerschaftliches Engagement zwischen Subsidiarität Verrechtlichung und Effizienz	S. 7
3. Bürgerschaftliches Engagement – Daseinsvorsorge – Monetarisierung	S. 11
4. Unternehmensengagement	S. 16
5. Bürgerschaftliches Engagement im Flüchtlingsbereich	S. 18
a) Beobachtungen des Netzwerkes Willkommen in München	S. 18
b) Wie geht es den Ehrenamtlichen eigentlich, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren? Statement: Münchner Flüchtlingsrat	S. 20
c) Gemeinsam für Menschenrechte und Demokratie Statement des Initiators von „Gemeinsam für Menschenrechte und Demokratie“	S. 22
d) Migrantenvereine als Akteure der Integration	S. 25
6. Zusammenwirken von Spontanhilfe und Katastrophenschutz	S. 28
7. Rückschau	S. 29
a) Veränderungen in der Zusammensetzung des Fachbeirates	S. 29
b) Erfolgreich bearbeitete Empfehlungen lt. Stadtratsbeschlüssen	S. 30
c) Relevante unerledigte Aufträge aus dem Dritten Bericht	S. 31
d) Förderliches Klima für Bürgerschaftliches Engagement an städtischen Schulen	S. 31
8. Ausblick: Engagement für Nachhaltigkeit Entwicklungen der neuen zivilgesellschaftlichen Basiskultur	S. 32
9. Beschlussempfehlungen	S. 34

Essay¹ von Prof. Heiner Keupp

Bürgerschaftliches Engagement, das Immunsystem eines demokratischen Gemeinwesens

München ist ein vielfach bewundertes und – im wörtlichen Sinne – anziehendes Gemeinwesen. Immer mehr Menschen wollen hier leben. Es sind heute etwa 1,5 Millionen Einwohner und bis 2030 werden weitere 400.000 Personen dazukommen. Mehr als ein Viertel haben Migrationshintergrund. München ist ein besonders attraktiver Wirtschaftsstandort. Von den 1,5 Millionen Einwohnern haben 776.000 eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, mit 4,8% hat München die geringste Arbeitslosenquote der Städte in Deutschland mit mehr als einer halben Million Einwohnern. Die Kaufkraft je Einwohner liegt mit 29.600 € p.a. weit über dem Bundesdurchschnitt (21.300 €). An 15 Hochschulen werden über 106.000 Studierende ausgebildet. Die 96.000 Unternehmen bringen dem Stadtsäckel üppige Gewerbesteuererinnahmen.

Diese Zahlen liefert das Referat für Stadtplanung und Bauordnung (2017) in seiner „Zukunftsschau München 2040+“², und es werden nicht nur Erfolgsmeldungen verbreitet, sondern auch aktuelle und zukünftige Probleme identifiziert. Vor allem die hohen Kosten der Lebenshaltung werden angesprochen. Das Münchner Mietniveau liegt um 65% über dem Bundesdurchschnitt und für viele Personen der mittleren und unteren Einkommensgruppen und Familien ist eine Wohnung in der Stadt nicht mehr bezahlbar. Die Armut älterer Menschen steigt, und die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Die Klimaschutzziele werden deutlich verfehlt. Der CO₂-Ausstoß pro Kopf liegt deutlich über vergleichbaren Metropolen wie Wien, Kopenhagen oder Amsterdam. Als kritisch wird auch die Flächensituation eingeschätzt.

Wohin wird sich München in den nächsten Jahren entwickeln, und wie kann sichergestellt werden, dass es zu einer guten Entwicklung führt? Wie kann man München „fit für die Zukunft“ machen? „Perspektive München“ versucht, in einem Szenario-Prozess Antworten auf diese Frage zu finden, wohl wissend, dass sichere Zukunftsprognosen in Zeiten globaler Veränderungen kaum möglich sind. Wenn man sich diesen Szenario-Prozess etwas genauer ansieht, dann wird man an die Aussage von Antoine de Saint-Exupéry erinnert: „Man kann nicht in die Zukunft schauen, aber man kann den Grund für etwas Zukünftiges legen – denn Zukunft kann man bauen.“ Es werden soziale, ökonomische, ökologische, technologische, urbane und politische Trends ausgemacht, aus deren Zusammenwirken Zukunftsvorstellungen prognostizierbar gemacht werden sollen. Das wirkt durchaus überzeugend, und die dann abschließend drei Szenarien für München 2040 sind nachvollziehbar:

1) München – sauber reguliert, 2) München – hart kalkuliert und 3) München – charmant unsortiert. Die Stadtverwaltung hat diesen Szenario-Prozess in Auftrag gegeben. Deshalb verwundert es auch nicht, dass sie vor allem als steuernde und gestaltende Instanz im Zentrum steht. Und die Bürgerinnen und Bürger der Stadt? Das Stichwort Zivilgesellschaft taucht zwar mehrfach auf, wird aber weitestgehend auf Fragen der Daseinsfürsorge reduziert. So heißt es sehr zurückhaltend:

¹ Die bislang vorgelegten drei Fachbeiratsberichte waren Gemeinschaftsprodukte des gesamten Gremiums. Als Vorsitzender des Fachbeirates habe ich sie im Stadtrat vorgestellt. Jetzt habe ich mich aus diesem Gremium verabschiedet und freue mich, dass mir die Kolleg_innen des Fachbeirates die Gelegenheit geben, meine persönliche Einschätzung der Entwicklungspotentiale des Bürgerschaftlichen Engagements in diesem Essay zu formulieren. Die Mitarbeit im Fachbeirat war für mich eine große persönliche und fachliche Bereicherung und ich freue mich, dass mit Frau Prof. Luise Behringer als meiner Nachfolgerin der Wissenschaftssektor eine hochkompetente Repräsentanz erfahren hat.

² Referat für Stadtplanung und Bauordnung (2017). Zukunftsschau München 2040+. Ergebnisse eines Szenario-Prozesses.

„Denkbar wäre etwa eine stärkere Aktivierung des zivilgesellschaftlichen Engagements für die Erbringung bestimmter sozialer Leistungsangebote“ (s. 46). Bei den Szenarien 1 und 2 kommt der zivilgesellschaftliche Bereich gar nicht vor, und bei Szenario 3, dem „charmant unsortierten“ München, ist auf der Chancenseite die Rede von einer „stärkeren Aktivierung der Bürgergesellschaft für die Stadtentwicklung“ (s. 39). Aber die erwarteten Risiken sind heftig: „Zunahme ethnischer und kultureller Konflikte“, „hoher Ressourcenaufwand zur Bearbeitung sozialer Problemstellungen“ und vor allem Probleme bei der Entwicklung eines eigenständigen kohärenten „Stadt-Profils“ (ebd.). Das klingt alles nicht sehr ermutigend und lässt ein zivilgesellschaftliches Gestaltungspotential völlig außer Acht. Leider begegnet uns hier eine halbierte Zivilgesellschaft, der nicht sehr viel zugetraut wird. Man geht eher resignativ von einer „postdemokratischen politischen Architektur“ aus, die von einem Rückgang der politischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ausgeht. Widerspricht diese Haltung nicht unseren Erfahrungen? Und gibt es nicht auch einen eklatanten Widerspruch zu den Ergebnissen einer Studie, die das gleiche Referat in Auftrag gegeben hat?

In der repräsentativen Bevölkerungsbefragung zur Stadtentwicklung 2016³, die 2017 dem Stadtrat vorgestellt wurde, werden zum Bürgerschaftlichen Engagement Zahlen geliefert, die für München noch höher ausfallen als bei dem ohnehin hohen Level des Freiwilligensurvey 2014 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Demzufolge engagieren sich bundesweit 44 Prozent der Menschen ab 14 Jahren freiwillig⁴.

Die Studie betont, dass das Bürgerschaftliche Engagement der Bevölkerung ein wichtiger Anker für den Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft sei. Insgesamt gaben 49% aller Befragten an, dass sie sich in den letzten zwölf Monaten in irgendeiner Weise engagiert haben. Das Engagement und die Intensität des Engagements unterscheiden sich dabei nach verschiedenen Bereichen. Die meisten Befragten engagieren sich im Bereich Sport und Bewegung (20%) mit mehr als 40 Stunden pro Jahr, gefolgt vom sozialen Bereich (19%) sowie den Themenfeldern Kultur und Musik (17%). Deutsche mit Migrationshintergrund sind mit 53 Prozent am häufigsten ehrenamtlich tätig, gefolgt von Ausländerinnen und Ausländern (49 Prozent) und deutschen Befragten ohne Migrationshintergrund. Hinsichtlich der Einkommensschichten zeigen sich nur marginale Unterschiede.

Auch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen einen eindrucksvollen Lernprozess auf, der der resignativen Haltung der beauftragten Zukunftsforscher deutlich widerspricht. In diesem Prozess konnten obrigkeitsstaatliche Erwartungen aufgebrochen werden, und die kollektive Handlungsfähigkeit von Bürgerinnen und Bürgern hat wichtige Innovationen ermöglicht. Die Geschichte der Bundesrepublik wird man nur unzureichend begreifen, wenn man nur die Gestaltungsformen des politisch-institutionellen Feldes in Augenschein nimmt. Oft genug hat Politik mit einiger Verzögerung nur auf die soziale Praxis des zivilgesellschaftlichen Bereichs reagiert und dort erprobte und entwickelte Lösungsansätze aufgenommen. Der gesellschaftliche Modernisierungsschub, der vor allem seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts den gesellschaftlichen Grundriss der Bundesrepublik nachhaltig verändert hat, hat in Form neuer sozialer Bewegungen und Initiativen auch eine selbstaktive Gestaltungskraft hervorgebracht. Für viele neue Probleme des Alltags gab es in den traditionellen Strukturen alltäglicher Lebenswelten keinen

³ <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/Stadtentwicklung/Grundlagen/Buergerbefragung.html>

⁴ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Bildung (2016: 3). Die leichten Unterschiede in den Ergebnissen werden erklärt durch die differierende Stichprobe, einer anderen Erhebungsmethode sowie einen unterschiedlichen Erhebungszeitraum.

Lösungsvorrat, auf den man einfach hätte zurückgreifen können. Für eine Reihe von neuen biographischen Konstellationen (wie z.B. die weibliche Doppeloption Familie und Beruf) gab es keine institutionell abgesicherten Lösungsmöglichkeiten, und in vielen Bereichen wie Ökologie und Energie war das Vertrauen auf „das Bewährte“ erschüttert. Gerade die neuen sozialen Bewegungen verstanden sich als kollektive Zukunftswerkstätten, in denen – im Sinne des „demokratischen Experimentalismus“ – neue Lösungsentwürfe erprobt wurden. In einer Vielzahl konkreter Projekte wurden neue Wege erprobt. Diese Projekte lassen sich verstehen als „soziale Experimentierbaustellen“ und als emanzipatorische und zukunftsorientierte Antworten auf Risiken und Möglichkeitschancen der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse verstehen. Hier hat sich ein neues zivilgesellschaftliches Selbstverständnis herausgebildet, das mit der klassischen Vorstellung von Ehrenamt nicht sehr viel gemein hatte. Es ging letztlich um das, was Ulrich Beck emphatisch als die „Seele der Demokratie“ bezeichnet hatte und das man auch als das „Immunsystem“ eines demokratischen Gemeinwesens bezeichnen könnte. Gerade die großen Krisen der letzten Jahre, die Wirtschaft, Politik und auch uns Bürger in hohem Maße verunsichert haben, brauchen diese Abwehrkräfte einerseits und die genannten innovativen Gestaltungsinitiativen andererseits.

Auch wenn es unstrittig ist, dass Zukunft nicht linear berechenbar ist und Planungsstrategien nur scheitern können, die im Sinne von Szenario 1 und 2 „sauber reguliert“ und „hart kalkuliert“ entwickelt werden, ist es doch möglich, einige Zukunftsaufgaben zu benennen, die ohne die zivilgesellschaftlichen Ressourcen der Stadt nicht bewältigt werden können:

1. Die gesellschaftliche Spaltung in arme und wohlhabende Bevölkerungsgruppen schreitet voran, und die Ungleichheit in den Lebenslagen reproduziert sich auch im Bürgerschaftlichen Engagement. Deshalb bedarf es gezielter Förderstrategien, die die aktive Teilhabe vor allem benachteiligter Bevölkerungsgruppen im Sinne des Empowermentprinzips ermutigen.
2. Die positiven ebenso wie die problematischen Konsequenzen des demographischen Wandels erfordern aktive Bürgerinnen und Bürger, die sich – durchaus aus Eigeninteresse – für zukunftsfähige Projekte im Feld der Wohn- und Lebensformen im Alter engagieren. Genossenschaftliches Wohnen, generationsübergreifende Lebensformen oder Mehrgenerationenhäuser sind hier ermutigende Beispiele.
3. Die globalen Kriege und Krisen sind uns mit den geflüchteten Menschen, die Asyl und Hilfe bei uns suchen, ganz nahe gerückt. Wir können sie nicht mehr ignorieren und durch neue Grenzzäune aus unserer Erfahrung ausschließen. Das spontane Engagement, das wir in München erlebt haben, zeigt uns, welche Quellen kollektiver Handlungsfähigkeit diese Stadt hat, die aber auf Dauer in Netzwerken und durch institutionelle Unterstützungssysteme gesichert werden müssen. Dieses Potential ist kein Strohfeuer, es zeigt sich auch in dem Widerstand gegen eine staatliche Asylpolitik, die vor allem auf Exklusion setzt.
4. Die Integration von Zuwanderungsbewegungen, die in einer globalisierten Welt nicht nur Fakt, sondern auch notwendig sind, kann nur gelingen, wenn das vielfältige Freiwilligenengagement in den Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen und gefördert wird.

5. So wichtig effektives Handeln staatlicher Behörden zur Aufdeckung und Bekämpfung rechtsextremistischer oder salafistischer Terrornetzwerke ist, so entscheidend sind letztlich aber zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und für Demokratie und Toleranz. Es braucht letztlich das engagierte Handeln der Bürgerinnen und Bürger, um das braune Gespenst und demokratiefeindliche Bestrebungen vertreiben und bekämpfen zu können.
6. Die Inklusion ist mit dem Inkrafttreten der UN-Konvention der Rechte behinderter Menschen vor einem Jahr zu einem zentralen Thema geworden, aber nicht nur als wohlklingende Programmatik, sondern sie erfordert Aktivitäten. Mit der politischen Willensbekundung, die mit der Unterschrift unter diese Konvention erfolgte, ist es aber nicht getan. Auch mit einem Landtagsbeschluss, inklusive Schulen zu schaffen, ist allenfalls ein Startschuss abgegeben, die aktiven Gestaltungsprozesse auf der kommunalen Ebene erfordern nicht nur die Einbeziehung behinderter Menschen und ihrer Familien, sondern auch die intensive Beteiligung der gesamten Bürgerschaft.
7. Für die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements ist die Engagementbereitschaft von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen von entscheidender Bedeutung. Die in diesem Bereich beobachtbare Stagnation hat entscheidend mit einem sich hochoffiziell entwickelnden Bildungssystem zu tun, das Heranwachsende so absorbiert, dass sie für selbstbestimmte, freiwillige Aktivitäten immer weniger Zeit haben. Aber es geht nicht nur um die Rekrutierung von Nachwuchs für den Ehrenamtsbereich, sondern um den drohenden Verlust von Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben. Von höchster Priorität sind deshalb Anstrengungen, das Freiwilligenengagement und die Partizipationsmöglichkeiten von Heranwachsenden durch Strukturreformen im Bildungswesen voranzutreiben.

1. Einleitung

Der Fachbeirat legt seinen vierten Bericht vor, in dem seine Aktivitäten dargestellt werden und eine Wahrnehmung und Einschätzung dessen vorgenommen wird, was sich im zivilgesellschaftlichen Bereich in der Landeshauptstadt München seit 2015 entwickelt hat. Auf dieser Grundlage werden Empfehlungen zur Weiterentwicklung und Förderung bürgerschaftlicher Potenziale formuliert.

München hat in den letzten beiden Jahren weltweit Aufmerksamkeit auf sich gezogen und gezeigt, dass eine Zivilgesellschaft funktioniert und sich nicht so leicht erschüttern lässt. Die Auslöser waren leider jeweils hoch dramatisch.

Die andauernden Kriegszustände im Nahen Osten und in Afrika sowie verheerende ökonomische Zustände in vielen Ländern haben tausende Menschen unter Einsatz ihres Lebens dazu veranlasst, ihr Land zu verlassen und Zuflucht in einem sicheren Land zu suchen. Die Münchner Bürgerinnen und Bürger haben im September 2015 dabei ein Zeichen gesetzt.

Sie machten sich auf den Weg zum Hauptbahnhof und standen rund um die Uhr bereit, um mit immensem Einsatz, oft über ihre Kräfte hinaus, nach der Ankunft zehntausender Schutzsuchender die Ankommenden zu versorgen.

Fast ein Jahr später, am 22. Juli 2016, trieb der Amoklauf eines jungen Mannes im Olympia-Einkaufszentrum in München viele Menschen in die Flucht. Münchner Bürgerinnen und Bürger haben unmittelbar nach der Tat des Amokläufers (zu diesem Zeitpunkt stand noch nicht fest, dass er alleine war), ihre Wohnungen geöffnet, um Menschen aufzunehmen. Angesichts einer gesperrten Stadt, in der auch der öffentliche Verkehr zum Stillstand gekommen war, wussten sie nicht, wo sie die Nacht verbringen sollten.

Die Stadtgesellschaft hat in beiden Fällen eine spontane und organisierte Antwort gefunden: In beiden Einsatzfeldern hat sie gezeigt, dass die Kooperation zwischen Spontanhelfern und organisierten Helfern – wie den ehrenamtlich tätigen Katastrophenhelfern oder der Polizei – funktionieren kann. München hat deutlich gemacht, dass die Gesellschaft in Krisenzeiten eine große Solidarität und beeindruckenden Zusammenhalt entwickeln kann.

Obwohl der hohe Zustrom von Geflüchteten durch politische Maßnahmen abgeschwächt wurde, werden wir weiterhin mit der Frage von Flucht konfrontiert sein: Erstens hat sich die weltpolitische Lage nicht stabilisiert. Im Gegenteil, die Politik in einigen auch westlichen Ländern lässt befürchten, dass sie sich weiter zuspitzen und verschärfen und weitere Flüchtlingswellen auslösen wird. Und zweitens geht es darum, Menschen, die bei uns Asyl suchen und eine Bleibeperspektive haben, in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Dafür ist die Politik sowohl auf das Engagement von Unternehmen als auch der Zivilgesellschaft angewiesen. Deshalb ist es extrem wichtig, dass die hohe Engagementbereitschaft weiterhin anhält und freiwillige Helferinnen und Helfer entsprechende Wertschätzung und Unterstützung erfahren. Sie dürfen nicht vor den Kopf gestoßen werden, wie z.B. durch die restriktive bayerische Asyl- und Abschiebepolitik.

Das hat nicht nur bei Engagierten und Unternehmen/Ausbildern zu Unmut geführt, den sie inzwischen mehrmals auf dem Marienplatz lautstark geäußert haben, sondern auch Oberbürgermeister Dieter Reiter zu dem Appell an die Staatsregierung veranlasst, sie möge den restriktiven Kurs korrigieren.

Doch nicht nur in Krisenzeiten ist der Wert des Bürgerschaftlichen Engagements eine wichtige Säule der Stadtgesellschaft. In der Landeshauptstadt München wurde Bürgerschaftliches Engagement strukturell verankert, und auch der Oberbürgermeister wird nicht müde, den hohen Wert der Zivilgesellschaft immer wieder zu betonen. Insgesamt ist München gut aufgestellt, was die Förderung und Unterstützung des Bürgerschaftlichen Engagements sowie die Kooperation mit deren Akteuren betrifft. Dennoch bleiben einige Punkte offen; die Förderung Bürgerschaftlichen Engagements ist ausbaufähig.

Zu nennen sind hier z.B. Freiwillige in der Flüchtlingsarbeit, die Steuerung und Regulierung von Projekten sowie die Entwicklung der Lebenshaltungskosten in München, die für zunehmend mehr Menschen ein zweites Einkommen erforderlich macht.

Das große Engagement von Freiwilligen in der Flüchtlingsarbeit kann nicht als dauerhaft gegeben vorausgesetzt werden. Aktuell sind Engagierte zunehmend erschöpft und hinterfragen ihr Tun, da sie sich allein gelassen fühlen. Es fehlt an hilfreichen Rahmenbedingungen und Unterstützungsstrukturen für ihren Einsatz.

Wie Heiner Keupp in seinem Essay ausführt, stimmt es verwunderlich, dass in zwei der möglichen drei Szenarien der „Zukunftsszenarien 2040 für die Landeshauptstadt München“ zivilgesellschaftliches

Engagement nicht vorkommt, da es in einer sauber regulierten oder hart kalkulierten Stadtgesellschaft anscheinend nicht erforderlich bzw. nicht erwünscht ist.

Der Fachbeirat sieht bereits in diesem Berichtszeitraum Anzeichen dafür, dass das hohe Regulierungsniveau dazu beiträgt, Bürgerschaftliches Engagement aus einigen Feldern der Stadtpolitik zurückzudrängen.

Die enormen Lebenshaltungskosten und oft prekären Beschäftigungsverhältnisse hindern vermehrt Menschen daran, sich zu engagieren, da sie ihren Lebensunterhalt durch bezahlte Arbeit sichern müssen. Bürgerschaftliches Engagement droht dadurch in bezahlte Arbeit auszufransen, wodurch Billiglöhne im sozialen Bereich wieder hoffähig gemacht werden.

Aufbauend auf den bislang aufgeführten Handlungsfeldern sowie den Zukunftsaufgaben, die Heiner Keupp in seinem Essay benennt, setzt sich der Bericht schwerpunktmäßig mit folgenden Themen auseinander:

- Entfaltung des Bürgerschaftlichen Engagements in einem Klima von Steuerung, Verrechtlichung und Effizienz
- Diskussion der Monetarisierung des Bürgerschaftlichen Engagements, Differenzierung der Engagementformen und Abgrenzung zu bezahlter Arbeit
- Strategien zur besseren Ausschöpfung des Potenzials von Unternehmen in ihrem Engagement, auch in Bezug auf die Integration von Geflüchteten
- Erfahrungen und Beobachtungen von Engagierten im Flüchtlingsbereich, die sich mit ihren Fragen, Sorgen, Ideen weitgehend alleine gelassen fühlen und daraus resultierende Forderungen
- Weiterentwicklung des Zusammenwirkens von Spontanhilfe und professionellem Krisenmanagement.

In der Rückschau wird der Blick auf erfolgreich bearbeitete Empfehlungen, unerledigte Aufträge sowie Bürgerschaftliches Engagement an städtischen Schulen gerichtet.

Der Ausblick wird auf das in vielfältigen zivilgesellschaftlichen Basiskulturen bereits sichtbare Engagement für Nachhaltigkeit gelenkt, das im nächsten Bericht stärker im Fokus stehen wird.

2. Förderung muss da stattfinden, wo die Ideen herkommen!

Bürgerschaftliches Engagement zwischen Subsidiarität, Verrechtlichung und Effizienz.

Bürgerschaftlich Engagierten gelingt aus ihrer Nähe zu den realen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und mit der Kompetenz direkt Betroffener die pragmatische und kompetente Umsetzung innovativer Ideen. An solchen Stellen entsteht gegenwärtig der Eindruck, dass die Verwaltung immer mehr Aktivitäten an sich zieht, die sie diesen zivilgesellschaftlichen Gruppen übergeben oder überlassen könnte.

Das Subsidiaritätsprinzip⁵ war viele Jahre das gemeinsame Credo von Sozialpolitik und öffentlicher sowie freier Wohlfahrt. Die Politik war bereit, Maßnahmen zu fördern, die zur Erfüllung gemeinsam definierter Ziele erforderlich waren und vertraute dabei in der Umsetzung dem fachlichen Know-how und der Durchführung der Partner.

⁵ Das „bürgerschaftliche Engagement ist integraler Bestandteil eines subsidiären Staatsverständnisses, das zunächst die kleinsten gesellschaftlichen Einheiten in die Lage versetzt, aktiv zu werden.“ <http://kulturelle-integration.de/thesen/> gezeichnet vom Deutschen Städtetag 2017, S 5.

Heute ist es zunehmend die Maxime städtischer Dienststellen, politisch und rechtlich nicht angreifbar zu sein. Detaillierte Prüfungen von Konzepten, Anträgen und Verwendungsnachweisen haben Vorrang vor der ureigenen inhaltlichen Kompetenz der Akteure in der Zivilgesellschaft.

„Seitdem die Wohlfahrtspflege (seit etwa Mitte der 1990er Jahre) in einen wettbewerblichen Ordnungsrahmen eingepasst wurde, ist die duale Struktur, das alte Wohlfahrtsregime, nur oberflächlich noch als duale Struktur erkennbar.“⁶ Dabei waren mit der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente, mit Produktinhalten und Produktlogiken ursprünglich gute Gedanken und gute Absichten verbunden: Transparenz und Nachvollziehbarkeit sollten Leistungen zielgenau steuern und die Effizienz (jetzt heißt es Wirkung) steigern.

Die 1995 in München mit der Verwaltungsreform eingeführte „Neue Steuerung“ scheint jedoch im Laufe der Zeit zunehmend zur Etablierung eines technokratisch-hierarchischen Steuerungsverständnisses geführt zu haben.

Dies hat in den Augen des Fachbeirates zu einer Verselbständigung der Produktlogik und Produkthaushalte in den städtischen Referaten geführt wie z. B. in folgenden Punkten:

- Von der Steuerung der Leistungen durch Zielvereinbarungen hin zur Direktion von Planungshandeln und Bedarfsdefinitionen durch Zielvorgaben.
- Freie Träger, Verbände und die Zivilgesellschaft werden bei Visionen und Konkretionen der Entwicklung von Stadtgesellschaft nur noch mangelhaft einbezogen
- Im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements entsteht gegenwärtig der Eindruck, dass die Verwaltung immer mehr Aktivitäten an sich zieht, die sie zivilgesellschaftlichen Gruppen übergeben könnte, die die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger oft aus einer Betroffenensituation kennen oder erlebt haben bzw. aus ihrer Stakeholderkompetenz heraus oft näher dran sind als Verwaltung. So konnten und können zahlreiche innovative Idee entwickelt und häufig auch sehr kompetent umgesetzt werden.

Wenn die öffentliche Hand unter dem wirtschaftlichen Druck von steigenden Kosten für soziale Angebote Träger und verbandliche Organisationen zunehmend als Dienstleister auswählt und ihnen Aufträge mit eng reglementierten Steuerungsvorgaben erteilt, wie z.B. der Vorgabe ihrer Organisationsweise, setzt sie Vielfalt, Autonomie und Innovationspotential aufs Spiel.

Das über lange Jahre praktizierte, wirkungs- und wertorientierte partnerschaftliche Gestalten wird dadurch zunehmend erschwert. Das breite Spektrum bürgerschaftlich engagierter Menschen, sowie die freie Wohlfahrtspflege mit ihrer subsidiären Ausrichtung, die für Wertevielfalt und Angebotsdiversität stehen, verlieren zunehmend ihre wesentliche Funktion und die Möglichkeiten zur Mitgestaltung einer solidarischen und sozial gerechten Zivilgesellschaft. Das zivilgesellschaftliche Engagement und das im eigenen Werteverständnis gegründete freiwillige pragmatische Handeln vieler verschiedener Akteure geraten aus dem Blickfeld, wenn öffentliche Verwaltung deren Impulse nur mehr als Unterstützung und Dienstleistung im Auftrag von städtischen Verwaltungsstellen aufgreift und vereinnahmt.

Gerade der Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements benötigt bereits bei der Planung angelegte und strukturell gesetzte Gestaltungsspielräume mit einer entsprechenden Finanzierung organisatorischer Kernaufgaben. Er benötigt zudem geordnete aber nicht überreglementierte

⁶ Auszug aus: Sozialpolitischer Diskurs, Fachgespräch „Kommunale Sozialpolitik auf der Basis gemeinsamer Verantwortung“ 21. Mai 2014 in München, Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt

Rahmenbedingungen, damit soziale Innovation und pragmatische Bottom-up-Ansätze entwickelt und umgesetzt werden können. Die Problemlösungskompetenz lokaler – auch nicht formell begründeter Bündnisakteure – ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Zivilgesellschaft.

Engagierte Ehrenamtliche tragen in der partizipativen Zusammenarbeit mit hauptberuflich Tätigen maßgeblich zur Gestaltung und Wahrung des sozialen Ausgleichs und Miteinanders in der Stadt bei.

Bürgerschaftlich Engagierte finden in freien Trägern oder in Wohlfahrtsverbänden Kooperationspartner, denen passende Ressourcen zur Verfügung gestellt und die in die Lage versetzt wurden, sie bei der Bearbeitung formeller Schritte zu unterstützen und bei der Übernahme rechtlicher Verantwortung zu entlasten. Projektideen bürgerschaftlich Engagierter lassen sich dadurch leichter realisieren. Formale Anforderungen an rechtlich sichere Mittelvergabe und -verwendung, Aufgabenübertragung und Durchführung sind damit zur Entlastung von Verwaltungsaufgaben der Engagierten erfüllt.

Beispiele für hinderliches Verwaltungshandeln

- Die Beteiligung von freien Trägern, Verbänden und der Zivilgesellschaft an der Entwicklung von Stadtgesellschaft geschieht meist nur noch durch Eigeninitiative und aktive Einmischung und bleibt letztlich oft unbefriedigend. Die Leitlinie Soziales ist ein gutes Beispiel, weil hier die Bürgerinnen und Bürger gar nicht mehr einbezogen waren und erst auf Drängen der zivilgesellschaftlichen Akteure zumindest die freie Wohlfahrt an der Erstellung beteiligt wurde. Die inhaltliche Auseinandersetzung wurde dann allseits begrüßt, ein echter Beteiligungsprozess hat jedoch nicht stattgefunden, weil die freien Träger im Dissens immer unterlegen waren.
- Beispiel „Leerstandsmelder“:
Eine Gruppe engagierter Münchnerinnen und Münchner hat mit dem Projekt „Leerstand 089“ eine Internetplattform entwickelt, an die augenscheinlich leere Wohnungen gemeldet werden konnten. Die Ursachen dieser Leerstände sollte die Verwaltung mit ihren rechtlichen Möglichkeiten prüfen und Zweckentfremdung von Wohnraum verfolgen und verhindern. Die zahlreichen Hinweise waren jedoch dauerhaft ehrenamtlich nicht zu bearbeiten und erforderten die Schließung der Plattform mangels finanzieller Förderung nach drei Jahren. Das Sozialreferat erkannte sehr wohl den Erfolg dieses Projekts und übernahm diese Idee, um einen städtischen „Leerstandsmelder“ einzurichten. Jedoch wird die Entwicklung, die Projektgenehmigung, die Personalakquise und die Einstellung von drei städtischen MitarbeiterInnen einen Vorlauf von über 1,5 Jahren erfordern! In dieser Zeit liegt das Projekt nun brach. Statt dessen hätte die Verwaltung den ehrenamtlichen Projektinitiatoren deren Förderantrag stattgeben können, um so die lückenlose Fortsetzung des Projektes und dessen Ergebnisse aufrecht zu erhalten.
- Politik und Verwaltung wissen das Potenzial der (Spontan-) Initiativen der Zivilgesellschaft zu nutzen und sind bereit, diese zu fördern. Häufig geschieht dies jedoch nur, wenn der Handlungsbedarf mit vorhandenen öffentlichen und etablierten Ressourcen nicht zu bewältigen ist. Beispiel: durchreisende oder aufzunehmende (unbegleitete) Geflüchtete im Sommer 2015 oder die mediale Aufmerksamkeit für die Aktivitäten von Bellevue di Monaco / Goldgrund. Zahlreiche Initiativen erhielten in dieser Zeit zur Umsetzung ihrer Projektangebote und -maßnahmen jene spontane operative und finanzielle Unterstützung von Politik und Verwaltung, die noch in den 1980/90er Jahren selbstverständlich die

vielfältige Demokratie-, Angebots- und Unterstützungslandschaft der Stadtgesellschaft bereicherte.

- Politik und Verwaltung stellen vor bedarfsorientierte und zügige Entscheidungen zunehmend die Maxime, politisch und rechtlich nicht angreifbar zu sein. Städtische Dienststellen übertragen deshalb inzwischen die Durchführung von Aufgaben an selbstorganisierte Leistungserbringer erst nach detaillierter Prüfung, anstatt auf die ureigene Kompetenz z.B. des Selbsthilfebeirates und spezialisierter Fachstellen zurückzugreifen.
- Beispiel Freifunk München, die nicht kommerzielle Initiative für den Aufbau freier (Funk-) Netze: Bei einer Ausstattung der Unterkünfte mit WLAN handelt es sich um keinen Luxus. Vielmehr dient sie neben der Bereitstellung der notwendigen Kommunikationswege vor allem auch der Integration. Insbesondere können damit beispielsweise kostenlose Angebote zu Deutschkursen, Online-Bewerbungsübungen sowie Angebote der Helferkreise genutzt werden. Das Sozialreferat wurde mit Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 09.12.2015 beauftragt, für alle „weiteren“ Flüchtlingsunterkünfte, die nicht bereits im Rahmen der humanitären Hilfsaktion mit M-WLAN ausgestattet waren, eine „Freifunk-Lösung“ auf den Weg zu bringen und alle neu hinzukommenden Einrichtungen für Flüchtlinge zwischen den SWM und Freifunk zu koordinieren. Anstatt zusammen mit der Initiative „Freifunk“ eine Lösung zu finden, wurde am 7. Juli 2016 eine städtische IT-Lösung beschlossen.

Handlungsempfehlungen

1. Leitbilder, Strategien und Konzepte formulieren Bürgerschaftliches Engagement im Sinne eines „Miteinander Regierens“. Das Vertrauen in die Innovationskraft des Bürgerschaftlichen Engagements erlaubt es, zuzulassen anstatt nur zu steuern und die Autonomie der Träger zu fördern. Politik und Verwaltung verstehen sich als Bündnispartner der Bürgerinnen und Bürger.
2. Die städtischen Planungsprozesse binden dazu die Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger und die Expertise zivilgesellschaftlicher Akteure aktivierend, partizipativ und nachhaltig ein. Gerade in der Planung von neuen Siedlungsgebieten werden die Sozialplanung, die freie Wohlfahrt und die Zivilgesellschaft frühzeitig einbezogen.⁷
3. Die Entscheidungen zu Übertragungen sozialer Dienstleistungen an freie Träger sind transparent, nachvollziehbar und liegen nicht unter dem Tariflohn.
4. Steuerung und Koordinierung der Angebote erfolgen kooperativ und ergebnisorientiert. Dazu nehmen alle Partner ihre vereinbarten Rollen ein und führen einen kontinuierlichen, qualifizierten Dialog. Die Prinzipien der Trägerautonomie – die für die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen im Tagesgeschäft zuständig sind – sind zu beachten.

⁷ Vgl: Kommunale Sozialpolitik auf der Basis gemeinsamer Verantwortung. Fachgespräch zwischen Politik, Verantwortung und freien Trägern und Verbänden Mittwoch, 21.Mai 2014. Subsidiarität und kommunale Sozialpolitik - Herausforderung und Perspektive für München (Peter F.Lenninger). initiiert durch den Sozialpolitischen Diskurs München.

5. Bürgerschaftliches Engagement darf nicht an der Komplexität rechtlicher Vorgaben oder Verfahrensabläufen scheitern. Die Maßgaben der Verwaltung orientieren sich nicht zwangsläufig an Absicherungshandeln, sondern ermöglichen reibungslose Abläufe und rasche Entscheidungen im Sinne einer Güterabwägung. Letztlich entscheidet die Politik über Vorschriften und Empfehlungen der Verwaltung.
6. Stellen-TÜV: Bevor eine Arbeitsstelle zum Bürgerschaftlichen Engagement bei der Stadtverwaltung geschaffen wird, sollte der Stadtrat wie im „niederländischen Modell“ prüfen, ob das Thema nicht auch in die Hände von Akteuren aus der Zivilgesellschaft gegeben werden kann.⁸
7. Die Zivilgesellschaft ist ein vielstimmiger Chor aus Vereinen, Verbänden, freien Trägern und Initiativen unterschiedlicher Größen. In dieser Vielfalt liegt eine Stärke und liegt eine Herausforderung an Politik und Verwaltung. Die Zuständigkeit der Spitzenverbände bei Grundsatzfragen und Vereinbarung von gemeinsamen Rahmenbedingungen bedeutet nicht, dass nur diese als exklusive Vertretungen der Zivilgesellschaft identifiziert werden dürfen. Auch kleine, unabhängige Träger, Initiativen und Netzwerke sollten als Expertinnen und Experten gehört und einbezogen werden.
8. Die Eigenständigkeit der Initiativen Bürgerschaftlichen Engagements bleibt als unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen und demokratiefördernden Stadtgesellschaft erhalten.

3. Bürgerschaftliches Engagement – Daseinsvorsorge – Monetarisierung

Ausgangspunkt der Debatte um die Monetarisierung sollte der Kerngedanke des Bürgerschaftlichen Engagements sein: BE handelt unbezahlt und eigen-sinnig. Argumente wie Bezahlbarkeit sozialer Dienste oder das Ehrenamt als Lückenbüßer müssen aus dieser Logik herausgehalten werden. Die Diskussion darüber sollte zeitnah und fortlaufend weitergeführt werden, um einen schleichenden Erosionsprozess des Kerngedankens des BE zu verhindern.

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Bürgerrecht.

Eine Kommune muss gewährleisten, dass Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren wollen, das für sie passende Engagement finden. Es braucht gute und leicht zugängliche Informationen, attraktive Einsatzfelder, interessante Formen unentgeltlicher Förderung durch Fortbildungen und Anerkennung, sowie Unterstützung bei der Realisierung innovativer Projektideen von Bürgerinnen und Bürgern. Dafür muss fortlaufend auf kommunaler Ebene und in Organisationen für förderliche Rahmenbedingungen gesorgt werden.

⁸ Das niederländische Modell, auch bekannt als „Standardkostenmodell“ wurde am 25. April 2006 vom Bundeskabinett als Grundlage des Programms „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ beschlossen. Ein erster Überblick dazu: <https://de.wikipedia.org/wiki/Standardkostenmodell>

In München gibt es einen wachsenden Kreis von Menschen, die sich gerne engagieren möchten, aber sich aufgrund ihrer prekären Einkommenssituation ein Ehrenamt nicht leisten können. Menschen mit Behinderung, Langzeitarbeitslose im SGB II Bezug, Migrantinnen und Migranten, Rentnerinnen und Rentner mit Grundsicherung oder Empfängerinnen und Empfänger aus dem Asylbewerberleistungsgesetz seien als Beispiele genannt.

Mit der Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft verbindet sich auch die Forderung nach einem Zugang zum BE gerade für diese Bevölkerungsgruppen. Engagement ermöglicht Teilhabe, Gestaltungsmöglichkeiten und die Erweiterung sozialer Netzwerke, sowie das Gefühl, selbst etwas geben zu können. Wenn die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen entschieden wäre, dann stünde auch diesem Personenkreis der Zugang zu BE selbstverständlich offen. Eindeutig ist, dass die Probleme prekärer Einkommenslagen nicht über ein Entgelt aus ehrenamtlicher Tätigkeit zu lösen sind.

Freiwilliges Engagement und Ehrenamt darf nicht zum Lückenbüßer eines sich zurückziehenden Sozialstaates werden.

BE als Lückenbüßer in einem nicht ausreichend finanzierten sozialen Sektor ist eine ständige Herausforderung, der nur so begegnet werden kann, dass die LH München soziale Arbeit in notwendigem Umfang finanziert, so dass BE nicht zum Ausfallbürgen für wegbrechende Leistungen der Kommune wird und auch kein Niedriglohnsektor unter dem Deckmantel des Ehrenamtes Einzug hält.

BE muss seinen kreativen Eigen-Sinn behalten. Es ist der grundlegende Teil einer demokratischen Mitgestaltung und -verantwortung. Sein zusätzlicher Wert liegt darin, dass es als kritisches Potenzial auf Widersprüche und Lücken sowohl in der Gesellschaft als auch in Organisationen hinweist. Bürgerinnen und Bürger engagieren sich überwiegend unentgeltlich. Das war in der Vergangenheit so und ist bis heute nicht anders. BE steht aber immer auch im Spannungsfeld ökonomischer Kalküle: Geldwerte Leistungen und direkte Geldzahlungen, die über einen Auslagenersatz hinausgehen, werden vermehrt genutzt, um Engagierte zu gewinnen und sie auf einen verbindlichen Einsatz zu verpflichten. „Insbesondere für Personen, die sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen Gesamtlage ein Ehrenamt(...) kaum leisten können, ist dies attraktiv“.⁹

Aktuelle Entwicklungen verstärken die Sorge, dass die Grenzen zwischen einem freiwilligen, eigensinnigen und selbstbestimmten Bürger-Engagement und einer nebenberuflichen Tätigkeit verschwimmen.

Gerade im beschäftigungsintensiven Dritten Sektor, in der Wohlfahrtspflege und anderen sozialen Einrichtungen überwiegt eine Mixtur von Teilzeitbeschäftigungen, Minijobs, Ein-Euro-Jobs oder Freiwilligendiensten sowie mit Aufwandspauschalen entgoltenen Nebentätigkeiten. Diese Anhäufung von atypischen Beschäftigungen entspricht einem zunehmenden Kostendruck in diesem Sektor, der wiederum zu einseitig finanziellen Anreizen im Ehrenamt führt.

An der Tagesordnung sind beispielsweise „Entlohnungen“ für ehrenamtliche Tätigkeiten – oft unter dem Niveau des Mindestlohns – in der Demenzbegleitung und -betreuung, in der Pflegebegleitung (Pflege-Neuausrichtungsgesetz)¹⁰, sowie bei haushaltnahen Diensten, ebenso in der Nachmittagsbetreuung im Rahmen der Ganztagsbetreuung an Schulen oder bei der

⁹ Neue Caritas 4/2017: Impulspapier „Ehrenamt ist unentgeltlich“, S. 31

¹⁰ Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland, HG: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Referat Öffentlichkeitsarbeit, 2017, S.222 ff

seniorengenossenschaftlichen Hilfe auf Gegenseitigkeit. Die Übungsleiterpauschale¹¹ oder die Ehrenamtspauschale¹² werden nicht selten mit einem Minijob kombiniert, so dass sich – zwar steuerrechtlich legal – aber dennoch problematisch, zwei Logiken mischen, nämlich die Logik der Erwerbsarbeit mit der Logik der Gemeinwohlorientierung.

Den Leistungen der Ehrenamtlichen einen monetären Wert beizumessen, verstärkt den Dienstleistungscharakter des Engagements. In diesen Fällen muss dann auch eine Leistung erbracht werden. Dies widerspricht einer Ökonomie des Schenkens, eines freien und selbstbestimmten Gebens, das nicht mit Geld aufzuwiegen ist.

Die Gefahren der Monetarisierung:

1. Geld wird zum Maßstab des Engagements. Wer hilft noch unentgeltlich, wenn „nebenan“ Geld verdient wird? Wer nicht mehr aus freien Stücken gibt, wird unzufrieden, wenn seine Leistung nicht adäquat entlohnt wird. Ehrenamt wird schleichend zur marktförmigen Dienstleistung. Diese Dynamik trägt Konkurrenz in den Bereich ehrenamtlicher Organisationen.
2. Unterhalb des jetzt beschlossenen Mindestlohnes könnte ein neuer Sektor schlecht bezahlter „ehrenamtlicher“ Tätigkeiten entstehen.
3. Der Staat steuert zunehmend durch finanzielle Zuwendungen. Bestimmte Ehrenämter werden monetär bedacht und bevorzugt. Die Zivilgesellschaft verliert ihren Eigensinn, und das Ehrenamt wird zum Lückenbüßer.
4. Aus einer zunächst unentgeltlichen Hilfe auf Gegenseitigkeit wie z. B. in der Nachbarschaftshilfe oder bei Mitfahrgelegenheiten entstehen neue Geschäftsmodelle, bestimmt vom Gedanken der Sharing-Economy. Diese Firmen (Uber, Helping MyWays, Helping...) sind getragen von Kleinrentnerinnen und -rentnern, Hausfrauen, Studierenden oder Arbeitslosen, die einen kleinen Zuverdienst benötigen.
5. Erwerbstätige bilden die größte Gruppe der Engagierten. Ihnen liegt nicht so sehr die geldwerte Entlohnung ihres Einsatzes am Herzen, sondern vielmehr die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Engagement.

Besonderheiten in Einrichtungen der Daseinsvorsorge und in der Wohlfahrt.

Die Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie Feuerschutz, Rettungsdienst, örtliche Kulturpflege oder der Wohlfahrtspflege sind seit über 100 Jahren von ehrenamtlichem Einsatz geprägt. Er gewährleistet eine kontinuierliche und verlässliche Dienstleistung.

Die relevanten Organisationen stoßen allerdings zunehmend auf Grenzen dieses Engagements, die nicht über „Aufwandsentschädigungen“ ausgeglichen werden können. Das Sicherheitskonzept einer Stadt ist nur dann zu gewährleisten, wenn auch Ehrenamtliche in die Rettung oder in den Feuerschutz eingebunden sind. Allein auf Hauptamtliche zu setzen, wäre nicht bezahlbar. In die Ausbildung in diesen Diensten wird in Form von Geld- und Sachleistungen viel investiert.

Die aktuell wesentlichere Frage lautet jedoch: Wie lässt sich die Bindung an die Einrichtungen der Daseinsvorsorge aufrecht halten, die über die verlässliche Einsatzbereitschaft hinausgeht? Wie sollte eine adäquate Personalführung aussehen, die den ehrenamtlichen Status der Einsatzkräfte berücksichtigt? Es würde sich zum Beispiel lohnen, in die Wertschätzung und die Führung dieser Ehrenamtlichen verstärkt zu investieren und nicht nur auf eine adäquate Ausrüstung und

¹¹ 2.400 Euro im Jahr, steuerfrei für pflegerische und pädagogische Tätigkeiten, wie z.B. Übungsleiter im Sport, pädagogische Betreuung von behinderten, kranken oder alten Menschen.

¹² 720 Euro im Jahr, steuerfrei für ehrenamtliche Tätigkeiten im Verein, z.B. für die Vorstandschaft, Kassiertätigkeit, rechtliche Betreuung etc.

entsprechende Ausbildung zu achten. An mancher Stelle muss auch die Frage geklärt werden, ob nicht an bestimmten Schlüsselpositionen die Beschäftigung hauptamtlichen Personals sinnvoll ist. Die komplexe Steuerung großer und umsatzstarker Bereiche, verbunden mit finanziellen Risiken, sowie rechtlichen Vorgaben aus dem Tarifrecht und aus Förderrichtlinien erschweren die rein ehrenamtliche Führung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

Im Bereich der Hilfsorganisationen wird der Großteil des Bevölkerungsschutzes ausschließlich von Ehrenamtlichen getragen. Das betrifft nicht nur die eigentlichen Einsatzkräfte, sondern auch die Einsatzführung sowie die Personalführung im Alltag sowie die Aus- und Fortbildung. Vor allem die hohe berufliche Mobilität, aber auch hohe Erwartungen an die berufliche Verfügbarkeit führen mitunter dazu, dass Ehrenamtliche ihr Engagement im Bevölkerungsschutz reduzieren oder aufgeben müssen. Zwar gibt es für den Einsatzfall in engen Grenzen Freistellungs- und Lohnfortzahlungsansprüche der Ehrenamtlichen, diese umfassen jedoch bislang nicht einmal Aus- und Fortbildungszeiten. Eine staatliche Förderung erfolgt im Bereich Bevölkerungsschutz zwar durch die Bereitstellung eines Teils der Einsatzfahrzeuge, deckt aber den Aufwand für die Aus- und Fortbildung oder sonstige erforderliche Beschaffungen bei den „HiOrgs“ bei weitem nicht .

Diese Aufgabenbereiche hauptberuflichen Mitarbeitern zu übertragen ist aus mehreren Gründen abzulehnen. Einerseits wären die Kommunen nicht bereit, die dadurch verursachten Kosten zu tragen ein solcher Trend wäre nicht finanzierbar, andererseits muss verhindert werden, dass anspruchsvolle und spannende Aufgaben zunehmend „verberuflicht“ werden und eher banale Routinetätigkeiten ehrenamtlich wahrgenommen werden „dürfen“. Denn bürgerschaftliches Engagement wird gerade dadurch reizvoll, dass anspruchsvolle Mitgestaltung und die Übernahme relevanter Verantwortung ermöglicht wird. Stattdessen sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein solches Engagement attraktiv und mit privaten und beruflichen Verpflichtungen vereinbar machen. Dazu könnten großzügige Freistellungs- und Verdienstausschlussregelungen ebenso gehören wie themen- und zielbezogene Stipendien und günstige Regelungen in der Sozial- und Rentenversicherung. Zudem sollte die öffentliche Hand stärker als bisher die Kosten der Aus- und Fortbildung der Hilfsorganisationen im Bereich der Daseinsvorsorge erstatten.

Worin besteht eigentlich gesellschaftlicher Wohlstand?

Wer über das Verhältnis von Bürgerschaftlichem Engagement und Daseinsvorsorge spricht, darf nicht zu kurz springen. Es geht um die Gestaltung von Zusammenhalt, Freiheit und Gerechtigkeit, um Globalisierung und lokale Identität. Der solidarische Kern freiwilliger Unterstützungsformen ist absolut vorrangig.

Jenseits der allgemeinen Ökonomisierung sollte es in einer starken Zivilgesellschaft eine Ökonomie des Schenkens geben, die im Bürgerschaftlichen Engagement ihren umtriebigen Umschlagsplatz hat. Menschen sind in ihrem Engagement motiviert durch „Empathie, Solidarität, Barmherzigkeit, Glück- und Sinnsuche, Protest und politische Überzeugungen, durch Gerechtigkeitsempfinden, Ehre, Betroffenheit, Selbstsorge...“ Diese Motive müssen den Ton angeben und als Gestaltungskräfte eines Gemeinwesens zur Wirkung kommen.

Ein Vorschlag zur Unterscheidung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten:

Einem vermeintlichen Reinheitsgebot nachzukommen und in ein „reines, da nicht entgoltenes“ und ein „schlechtes, weil bezahltes“ Engagement zu unterscheiden, ergibt keinen Sinn. Es wäre auch ahistorisch, da das klassische (staatliche) Ehrenamt immer schon Entschädigungen kannte. Man sollte

aber dem bundesweit anerkannten Gutachten „Geld im Ehrenamt“¹³ folgen und diese beiden Kategorien unterscheiden:

Als ehrenamtliches, freiwilliges Engagement werden bezeichnet:

1. Notwendige und zeitaufwändige Ehrenämter der Daseinsvorsorge wie politische Ämter, Schöffenwesen, Katastrophenschutz, Rettungswesen usw.: Eine Entschädigung erfolgt nach Verdienstausschlag.
2. Im ehrenamtlichen und freiwilligen Engagement stehen Gemeinnützigkeit und öffentliches Interesse im Vordergrund. Maximal werden ein Auslagenersatz oder eine pauschale Aufwandsentschädigung gemäß der Übungsleiterpauschale gewährt. Es gibt keine Privilegierungen besonderer Tätigkeiten.

Als nebenberufliches Engagement mit Gemeinwohlbezug wird bezeichnet:

3. Gemeinwohlorientierte Nebentätigkeiten, die dem Steuerrecht unterliegen und durch Freibeträge privilegiert werden können. Sie müssen am Mindestlohn orientiert sein. Im Vordergrund wird regelmäßig die Orientierung an einem Gemeinwohlziel gesehen, daneben werden aber auch Einkommenserzielungsabsichten anerkannt.¹⁴

Für die Freiwilligen-Agenturen, die Ehrenamtliche auch in diese gemeinwohlorientierten Nebentätigkeiten vermitteln, muss gewährleistet sein, dass die aufnehmende Organisation noch auf der Seite der Gemeinwohllogik verankert ist und einem Personenkreis ein soziales Engagement anbietet, der sich sonst anderweitig „etwas dazuverdienen“ müsste.

Handlungsempfehlungen

1. Fortlaufend ist auf kommunaler Ebene für fördernde Rahmenbedingungen und Strukturen des Bürgerschaftlichen Engagements zu sorgen, in denen sich Engagement entfalten kann. Sie gewährleisten zum Engagement bereiten Bürgerinnen und Bürgern gute Informationen, attraktive Einsatzfelder, interessante Formen unentgeltlicher Förderung durch Fortbildungen sowie Unterstützung bei der Realisierung ihrer Projektideen und Anerkennung. Freiwilliges Engagement braucht eine andere Währung als Geld.
2. Fachtage und -gespräche zu Monetarisierung und zur Herstellung von Handlungsfähigkeit werden organisiert mit Expertinnen und Experten aus dem Bürgerschaftlichen Engagement, dem Arbeits-, Steuer- und Sozialrecht, sowie Vertretungen von Verbänden, Organisationen des Bürgerschaftlichen Engagements, Verwaltung und Politik. Die Differenzierung der verschiedenen Formen von sozialversicherungspflichtiger Arbeit und von freiwilligem Engagement, eine Begriffsklärung und eine entsprechende Entideologisierung werden vorangetrieben. Die Debatte muss zeitnah und fortlaufend geführt werden. Diese vom Fachbeirat und in der aktuellen Leitlinie Soziales angestoßene Debatte soll ein erster Aufschlag sein, um in den kommenden Jahren die Fragen und Antworten zur Monetarisierung weiter zu detaillieren.

¹³ Klie, Thomas; Stemmer, Philipp; Wegner, Martina (2009): Untersuchung zur Monetarisierung von Ehrenamt und Bürgerschaftlichem Engagement in Baden-Württemberg im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg. Unter Mitarbeit von Niklas Alt und Anna Meissner. Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze). Freiburg.

¹⁴ Sofern Stundenvergütungen gezahlt werden: Betreuungsgruppen für Menschen mit Demenz, Helferkreise zur stufenweisen Entlastung pflegender Angehöriger im häuslichen Bereich, familienentlastende Dienste/ organisierte Nachbarschaftshilfen; ergänzendes Engagement bei allgemeinen Pflegeleistungen in stationären Pflegeeinrichtungen.

3. Transparenz im Umgang mit Geld im Ehrenamt: Ein Code of Ethics der gemeinnützigen Organisationen und der Stadtverwaltung sollte verhindern, einen Niedriglohnsektor unter dem Deckmantel des Ehrenamtes zu etablieren. Die LH München muss als Vorreiter fungieren und klar trennen zwischen stundenentlohnter gemeinwohlorientierter Nebentätigkeit und einem unbezahlten Ehrenamt. Die Stadtverwaltung ist tariflohngelbunden und die jeweils betroffenen Referate müssen dazu einen klaren Kriterienkatalog erstellen.
4. Ein spendenfinanzierter Fonds für Vereine und Initiativen, die aus eigener Kraft keinen Auslagenersatz oder keine Aufwandspauschale zahlen können, wird eingerichtet. Siehe Förderfonds Hannover www.freiwillig-in-hannover.de/forderfonds/.

4. Unternehmensengagement

Freiwilliges Engagement in gemeinnützigen Einrichtungen, das auf den Kernkompetenzen der Unternehmen bzw. ihrer Beschäftigten aufbaut, bringt beiden Seiten den höchsten Gewinn.

Das gesellschaftliche Engagement von Münchner Unternehmen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Mit umfangreichen Geld- und Sachspenden sowie durch die Freistellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für gesellschaftliche Projekte haben Unternehmen durch eine Vielzahl von Unterstützungsmaßnahmen Mitverantwortung für das Gemeinwohl in der Landeshauptstadt München übernommen. Dabei ist der Trend zu beobachten, dass sich das Unternehmensengagement immer weiter weg von unkoordinierten Einzelmaßnahmen hin zu skill based-Maßnahmen entwickelt, die sich am Kerngeschäft des Unternehmens oder den Schlüsselfähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter orientieren.

Unter dem Oberbegriff „Corporate Volunteering“ werden „Mitarbeiter in strukturierter Weise in das unternehmerische gemeinwohlorientierte Tun einbezogen. Das kann entweder durch ihren Einsatz in unternehmenseigenen Projekten geschehen oder durch die Förderung bereits vorhandenen ehrenamtlichen Engagements von Mitarbeitern. So können Beschäftigte motiviert und gebunden und gleichzeitig die Bindung des Unternehmens an Stadt oder Gemeinde gestärkt werden“ (Quelle: Stiftung & Sponsoring 3/2010, Martensen und Osterloh).

Auswertungen längerfristiger Kooperationen zwischen Unternehmen und gemeinnützigen Einrichtungen zeigen, dass beide Seiten von den brancheneigenen Kenntnissen und Kompetenzen des Partners profitieren. So gewinnen beispielsweise beide Seiten durch das Kennenlernen anderer Arbeitsbereiche und die damit verbundene Erweiterung der Schlüsselqualifikationen (z. B. Kritikfähigkeit, interkulturelle Kompetenz).

Rückblick

Zwischen 2014 und 2016 nutzten insgesamt ca. 1.100 Unternehmen das Angebot des Fachbereichs Corporate Social Responsibility (CSR) im Sozialreferat, sich hinsichtlich unterschiedlicher Möglichkeiten der Unterstützung für die Stadtgesellschaft (zeitliches, inhaltliches und finanzielles Engagement) informieren und beraten zu lassen.

Rund 550 gemeinnützige Einrichtungen und Initiativen informierten sich beim Fachbereich

CSR hinsichtlich finanzieller und tatkräftiger Unterstützung durch Unternehmen. Rund 64 Projekte und Kooperationen wurden durch einen engen Schulterschluss zwischen dem Sozialreferat und seinen rund 190 Partnerinnen und Partnern auf den Weg gebracht. Durch das Engagement der IHK für München und Oberbayern in diesem Bereich und der Unternehmerinitiative „Unternehmen für München“ lassen sich eine weitere Vielzahl an Corporate Volunteering-Projekten und -Aktionen hinzufügen. Gerade das Format „Marktplatz Gute Geschäfte“, das im März 2017 bereits zum sechsten Mal im IHK-Forum in München stattfand, eignet sich in herausragender Weise dafür, weitere Unternehmen für gesellschaftliches Engagement zu gewinnen. Der „Marktplatz“ wurde wieder von der Freiwilligenagentur Tatendrang in Kooperation mit der Landeshauptstadt München und der IHK für München und Oberbayern durchgeführt. Ein Erklärfilm zum Thema „Corporate Volunteering“ auf den Homepages der LHM und der IHK wurde als niedrigschwelliges Informationsangebot für interessierte Unternehmen entwickelt.

Die steigende Anzahl von Geflüchteten in Deutschland stellt unsere Gesellschaft insbesondere seit Herbst 2015 vor große Herausforderungen. Unternehmen können zu deren Bewältigung einen großen Beitrag leisten. Denn die Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist ein zentraler Schlüssel für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration. Die Unternehmen in München zeigen eine hohe Bereitschaft, sich hier zu engagieren. Bei einer Befragung des BIHK (Bayerischer Industrie- und Handelskammertag) e.V. im Jahr 2016 gaben knapp 20% der befragten Unternehmen an, Geflüchtete im Unternehmen zu beschäftigen. Die größten Hürden sind in mangelnden Deutschkenntnissen sowie in der unsicheren Rechtslage zu sehen. Vor diesem Hintergrund setzt sich der BIHK für die bayernweit einheitliche Umsetzung der 3+2-Regelung (Abschiebschutz für drei Jahre während einer Ausbildung und für zwei weitere Jahre nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung) ein.

Denn ohne diese Planungssicherheit gibt es keine Beschäftigungs- und Ausbildungsbereitschaft in der Wirtschaft. Sowohl die Landeshauptstadt München, als auch die IHKs in Bayern haben deshalb mehrmalig die Staatsregierung in einem Brief zur konsequenten Umsetzung der 3+2 Regel aufgefordert.

Unternehmen, die sich bei der Integration von Geflüchteten engagieren, können bei Bedarf durch ein bei der IHK für München und Oberbayern und der HWK eingerichtetes Integrationsteam Unterstützung anfragen.

Handlungsempfehlungen

1. Im Herbst 2017 wird die Auszeichnung „Münchens ausgezeichnete Unternehmen“ starten. Der Fachbeirat begrüßt, dass die Auszeichnung nun nach mehreren Jahren der Planung zur Umsetzung kommt. Um mit diesem Projekt allerdings eine große Öffentlichkeitswirksamkeit für das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen zu erlangen – und damit Leuchtturmcharakter zu bekommen, so wie es von Anfang an geplant war – bedarf es eines intensiven Personaleinsatzes vonseiten der CSR-LHM Stelle. Um auch die anderen zahlreichen Aufgaben weiter verfolgen zu können, ist dafür eine Personalaufstockung – mindestens ab Anfang 2018 – notwendig. Auch auf der Seite der daran beteiligten Zuschussnehmer (z.B. der Freiwilligen-Agenturen) sollte das Sozialreferat prüfen, wie hoch der anfallende Personalaufwand dafür ist und gegebenenfalls auch dort eine Personalerhöhung finanzieren.

2. Um das gesellschaftliche Engagement noch zielgerichteter nutzen zu können und die positiven Effekte – sowohl für die Unternehmen als auch für die zivilgesellschaftlichen Akteure – verstärken zu können, wäre ein strategischer Austausch zwischen Akteuren der Landeshauptstadt München, Vertretern aus dem Non-Profit-Bereich und der Unternehmerschaft wünschenswert. Bereits in den letzten Berichten hatte der Fachbeirat für mehr Transparenz und Kommunikation plädiert.
Vorgeschlagen werden als Dialogformat Round-Table-Reihen, die konkrete, bereits bestehende oder zukünftige Herausforderungen, die für die Stadtgesellschaft relevant sind, aufgreifen. Anlass könnten der nächste Armutsbericht der LHM sein oder die Handlungsfelder der Leitlinie Soziales. In längerfristig angelegten Multi-Stakeholder-Projekten, die an konkreten Herausforderungen anknüpfen, könnten alle ihren Beitrag zur Bewältigung leisten. Dies würde es der Stadt ermöglichen, gezielt Themen und Projekte mit besonderem Unterstützungsbedarf zu positionieren, und die Unternehmen bekämen Anhaltspunkte für zielgerichtetes Engagement.
3. Um die Qualität von Corporate Volunteering-Maßnahmen weiter zu steigern und zu verstetigen, ist es erstrebenswert, Unternehmensengagement zu unterstützen, das am Kerngeschäft und den Kernkompetenzen anknüpft (Stichwort skill-based Engagement, also beispielsweise Unterstützung bei Bewerbungen für Arbeitssuchende, Buchhaltung für Vereine oder Fundraising für NGOs). Beratende Stellen, wie die CSR-Stelle der LH München und die Freiwilligenagenturen müssten hier noch stärker anknüpfen und stärker beratend und nicht nur vermittelnd tätig sein. 2013 wurde in einer Kooperation zwischen der LH München, der IHK und „Unternehmen für München“ eine Umfrage zum Corporate Volunteering durchgeführt. Um die Entwicklungen der letzten Jahre zu erfassen und einen besseren Anhaltspunkt für bedarfsgerechte Beratung zu erhalten, wird die Umfrage Ende 2017 erneut durchgeführt. Die Unterstützung seitens des Sozialreferats ist auch dafür wünschenswert.
4. Um das vorhandene Engagement und die Bedarfe besser abzubilden und interessierte Unternehmen passgenauer zu unterstützen, ist es unerlässlich auch auf der Homepage der LH München eine entsprechende Landing Page „Unternehmensengagement“ einzurichten.

5. Bürgerschaftliches Engagement im Flüchtlingsbereich

Dauerhafter Einsatz für Geflüchtete lässt sich von den Engagierten nur dann aufrechterhalten, wenn sie sich politisch positionieren, aktiv werden können und Resonanz erfahren.

a) Beobachtungen des Netzwerkes Willkommen in München

Seit Ende 2014 wird im Auftrag des Stadtrats mit Willkommen-in-München.de ein großes Netzwerk von Organisationen aufgebaut, die mit Ehrenamtlichen direkt oder indirekt Flüchtlinge und Menschen mit Fluchthintergrund unterstützen. Das Netzwerk und das Projekt sind hierbei durch verschiedene Phasen gegangen: Ein zunächst kleiner Kreis von Partnerorganisationen kümmerte sich 2015 vor allem darum, in der äußerst dynamischen und schnelllebigen Umgebung die Übersicht über das Stadtgeschehen zu wahren und eine unmittelbare, erste Notfallversorgung zu gewährleisten. 2016 konnte das Netzwerk wachsen, eigene Arbeitsstrukturen ausprägen und seinen Fokus auf nachhaltige Integrationsarbeit weiterentwickeln und dies 2017 erfolgreich fortsetzen. Das Team

betreut aktuell mehr als 100 Netzwerkpartnerorganisationen, Initiativen, Zusammenschlüsse und Projekte in der Landeshauptstadt.

Waren die Akteure zu Beginn noch vorwiegend aus dem Kreis der bestehenden sozialen Einrichtungen in München und im unmittelbaren Umfeld der Träger, hat sich inzwischen außerhalb der Unterkünfte eine neue, innovative und größtenteils junge Szene gebildet, die in vielerlei Hinsicht themenspezifisch ist. Viele Engagierte möchten so selbst Lücken schließen und Bedarfe erfüllen. Diese kleinen Initiativen und Helferkreise, Projekte und entstehenden Organisationen brauchen viel Unterstützung in der Entwicklung und Orientierung im sozialen Ökosystem in München, um das Rad nicht neu zu erfinden und Synergien im Netzwerk möglich zu machen. Gerade von dieser innovativen Kraft aber profitiert die gesamte Landschaft des Engagements für Geflüchtete.

Seit 2015 hat sich die Situation im Bereich Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe gravierend verändert: Während die beispiellose Hilfsbereitschaft der Münchner im Herbst 2015 die bestehenden Strukturen zur Beratung für Engagierte überrannte und Tausende sich für ein Ehrenamt im Flüchtlingsbereich interessierten, sind diese Zahlen heute leider rückläufig und die meisten Organisationen suchen dringend weitere Freiwillige.

In den Einrichtungen haben sich das Thema Bürgerschaftliches Engagement und der Einsatz von Freiwilligen heterogen entwickelt. Wurde früher ausschließlich hauptamtlich für Geflüchtete gearbeitet (z.B. im Bereich Arbeit und Beschäftigung), werden nun auch freiwillige Helferinnen und Helfer hinzugezogen, wohingegen bei anderen Trägern (z.B. Wohngruppen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) das Ehrenamt wieder eingeschlafen oder teilweise nicht mehr gewünscht ist, da arbeitsintensiver als erwartet. Es sind aber auch die politischen Umstände, wie die Abschiebungen oder der Entzug der Ausbildungs- und Arbeitserlaubnisse etc. die die Freiwilligen entmutigen oder sie ein so komplexes Ehrenamt erst gar nicht beginnen lassen. Diese Beispiele verdeutlichen, dass grundsätzlich in allen Bereichen der Flüchtlingshilfe mit Ehrenamtlichen nach Bedarf gearbeitet wird und das Heranführen aller Akteure an die Mindeststandards, unabhängig davon ob es sich um einen neugegründeten Helferkreis oder eine etablierte Organisation handelt, von großer Bedeutung ist.

Das Netzwerkteam Bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge befähigt und berät Organisationen bei der Erreichung dieser Standards. Dies wird künftig gefragter sein als bisher, da immer mehr Akteure, welche bisher noch nicht mit Ehrenamtlichen gearbeitet haben, künftig mit diesen im Zuge der Integrationsarbeit auf eine konstruktive Partnerschaft angewiesen sind. Ebenso zeichnet sich ab, dass eine Vielzahl von Organisationen, Initiativen und Akteuren eine Begleitung benötigen, um den Wandel der eigenen Organisation zu vollziehen, der notwendig ist, um sich den neuen, ständig verändernden und wachsenden Anforderungen anzupassen.

In den Unterkünften ist zu beobachten, dass sich Helferkreise, die stationär an der Unterkunft tätig sind, sehr unterschiedlich entwickeln, was oft mit der personellen Besetzung der Asylsozialarbeit vor Ort und deren Möglichkeiten, sich um Freiwillige zu kümmern, zusammenhängt. Es bestätigt sich die Beobachtung, dass eine hohe personelle Fluktuation im Hauptamt auch Auswirkung auf die ehrenamtlich Tätigen hat. Für jegliche Arbeit ist Beziehungsstabilität ein Schlüsselfaktor.

Außerdem ist anzumerken, dass die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt nicht immer reibungsfrei passiert, so dass Konfliktmanagement und Mediation wichtige Säulen in der Ehrenamtskoordination vor Ort sind. Nicht immer lassen sich Konflikte über unterschiedliche

Erwartungen für alle Beteiligten zufriedenstellend klären, was bedauerlicherweise oft dazu führt, dass Engagierte den Konfliktraum verlassen, da diese ungebunden flottieren können, im Gegensatz zu Geflüchteten, deren Aufenthalt fremdbestimmt ist, oder Hauptamtlichen, die nicht ohne weiteres einen Arbeitsplatzwechsel vollziehen können.

Weiterhin haben sich die Einsatzmöglichkeiten im Flüchtlingsbereich stark verändert. Aus der akuten Notversorgung wurde nun eine (am besten) langfristige Begleitung einzelner Flüchtlinge, um diese in der Integration zu unterstützen. Überwiegend geschieht dies in (mehr oder weniger strukturierten) Patenprojekten, was jedoch eine Bereitschaft zum langfristigen Engagement und eine intensive Beziehung bedeutet.

Zukünftig werden immer mehr anerkannte Geflüchtete die Unterkünfte verlassen, soweit dies der Wohnungsmarkt zulässt. Die Ehrenamtlichen begleiten die Geflüchteten dabei aber weiter. Außerhalb der Unterkünfte, angelangt in der Integrationsarbeit, haben die Ehrenamtlichen, welche nicht durch ein Freiwilligenzentrum, eine Pfarrei oder einen Verein betreut sind, die Anbindung an eine Vertrauens- und Hilfsperson verloren. Die Schwierigkeiten und Herausforderungen des Lebens außerhalb der Unterkünfte überraschen Ehrenamtliche oft genauso wie die Geflüchteten selbst, da in der Regel in der eigenen Biographie wenig Berührungspunkte mit Ämtern und Behörden vorhanden sind. Ehrenamtliche brauchen deshalb, wenn sie Geflüchtete nach dem Verlassen der Unterkünfte betreuen, dringend weiterhin Betreuung und Koordination, optimalerweise durch kontinuierliche Ansprechpersonen.

Ehrenamtliche müssen leider immer häufiger Rückschläge, bürokratisches Warten aber auch Unverständnis und Anfeindungen für ihre Arbeit, auch in ihrem persönlichen Umfeld, erleben. Insbesondere bedenklich ist, dass Ehrenamtliche immer wieder äußern, im Alltag mit rechtspopulistischen Äußerungen konfrontiert zu werden. Die gesellschaftliche Stimmung und die Statements einiger Politiker verunsichern, verärgern oder verletzen die Ehrenamtlichen. Viele blicken mit Sorge auf die Bundestagswahl 2017 und den möglichen Einzug der AfD in den Bundestag. Zu befürchten steht auch, dass ein Großteil der Helferinnen und Helfer nicht zu den Wahlen gehen wird, da keine etablierte Partei explizit deren Forderungen zur Verbesserung der Situation in der Flüchtlingshilfe im Programm hat.

Ehrenamtliche, deren Erschöpfung, Frustration, Trauer oder Hilflosigkeit nicht professionell aufgefangen werden, leiden zum einen selbst unter der Situation. Zum anderen verlieren sie nachhaltig die Motivation für bürgerschaftliches Engagement und ziehen sich aus Selbstschutz zurück.

Allerdings steht unsere Gesellschaft mit der Integration, aber auch mit anderen Themen wie Pflege bzw. Leben im Alter vor historischen Herausforderungen, die nicht rein durch Politik und Verwaltung geschafft werden können. Die Bundesrepublik ist in den kommenden Jahren auf das Engagement der Zivilgesellschaft angewiesen. Deshalb gilt es, die Motivation bereits ehrenamtlich Aktiver aufrecht zu erhalten.

b) Wie geht es den Ehrenamtlichen eigentlich, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren?

Statement: Münchner Flüchtlingsrat (MFR), Elif Beiner, Ehrenamtskoordinatorin.

Wenn jemand in ein Ehrenamt einsteigt, z. B. in eine Sprachpatenschaft, passiert es nicht selten, dass er oder sie gleich mit einem Asyl-Ablehnungsbescheid oder anderen schwerwiegenden rechtlichen Dingen konfrontiert ist. Das erzeugt erst einmal Panik und Schock.

Die Ehrenamtlichen fühlen sich durch die Politik behindert.

Wenn es Geflüchtete zusammen mit den Ehrenamtlichen geschafft haben, Arbeits- oder Ausbildungsplätze zu beschaffen, werden diese völlig unerwartet plötzlich nicht mehr verlängert. Das macht wütend auf die Politik.

Auch die Aktionen für die Abschiebeflüge erzeugen natürlich Angst, Angst bei den Flüchtlingen und dadurch auch Angst bei den Ehrenamtlichen. Es überträgt sich, wenn die Flüchtlinge total verunsichert sind; man selbst ist dann natürlich auch nicht mehr ruhig. Neben dieser Angst sind Ehrenamtliche ganz konkret mit Suizidversuchen oder gar Suiziden konfrontiert.

Der Wille der Ehrenamtlichen, sich einzusetzen und die Flüchtlinge zu unterstützen und bei der Integration und beim Ankommen zu helfen, ist stark, aber es werden ihnen viele Steine in den Weg gelegt. Ohnmächtig fühlen sie sich dann.

Ehrenamtliche sind verärgert, sie gehen auf die Straße und beziehen Position – und sie sind entschlossen, durchzuhalten.

Als Münchner Flüchtlingsrat sind wir glücklich, dass die Helferkreise selber auch auf die Straße gehen und ihre Meinung sagen. Solche politischen Initiativen gibt es sowohl in München (www.gemeinsam-fuer-menschenrechte-und-demokratie.de) als auch im Umland (www.asyl.bayern.de).

Ehrenamtliche müssen im Gegensatz zu den Hauptamtlichen keine Angst davor haben, dass ihnen Fördermittel gekürzt werden. Sie machen deutlich den Mund auf und lassen sich ihn nicht verbieten. Wir würden uns sehr freuen, wenn von der Seite der Hauptamtlichen auch mehr ihre Meinung sagen und nicht alles hinnehmen würden.

Ehrenamtliche kommen gar nicht zum eigentlichen vorgesehenen „Ehrenamt“.

Wenn jemand in ein Ehrenamt einsteigt, z. B. in eine Sprachpatenschaft, passiert es nicht selten, dass er oder sie gleich mit einem Asyl-Ablehnungsbescheid oder anderen schwerwiegenden rechtlichen Dingen konfrontiert ist. Das erzeugt erst einmal Panik und Schock. Meist stehen essentielle Probleme im Vordergrund, wie zum Beispiel die Frage des Aufenthaltes oder auch überflüssige Versicherungen oder überteuerte Handyverträge sowie Fragen des Familiennachzuges oder die Wohnungssuche.

Ehrenamtliche wären sehr viel glücklicher, wenn sie andere Sachen machen könnten, als sich um diese Fragen kümmern zu müssen. Deshalb finden wir momentan nicht mehr so leicht Ehrenamtliche für eine Patenschaft oder für ein kontinuierliches Engagement. Die Engagements wie „Sprachpartnerschaften“ oder „Freizeitgestaltung“ werden angenommen, aber sobald klar wird, dass es viele andere Baustellen gibt, halten sich Interessierte zurück.

Unterschied München und Landkreise

München ist mit Möglichkeiten zur Unterstützung der Flüchtlinge besser aufgestellt, und die Asylsozialberatung hat einen höheren Stellenschlüssel. Es gibt eine größere Auswahl an Sprachkursen für die Flüchtlinge und generell eine bessere Begleitung und Fortbildung für Ehrenamtliche. Da in den Landkreisen die Strukturen sehr viel weniger bestehen, sind dort die Flüchtlinge noch viel mehr auf die Unterstützung der Helferkreise angewiesen.

Ohne Rückhalt würden die Ehrenamtlichen nicht durchhalten.

Der Münchner Flüchtlingsrat bietet Ehrenamtlichen einen wichtigen Rückhalt. Sie werden in allen asylrechtlichen Fragen begleitet, Anwälte werden vermittelt, und sie können zu verlässlichen Zeiten anrufen oder persönlich vorbeikommen. Es ist zum Beispiel wichtig, dass Ehrenamtliche nicht selbst anfangen, rechtlich zu beraten, da diese Thematik viel zu komplex ist. Es ist notwendig spezielle Fortbildungen auf den Bedarf der Ehrenamtlichen anzubieten. Neben dem Münchner Flüchtlingsrat wirken in München das Netzwerk „Willkommen-in-München“ und die Ehrenamtskoordinationen in den Unterkünften als wichtige Stütze für die Engagierten.

Anerkennung und Würdigung

Wie könnte eine Würdigung dieses entschlossenen und kämpferischen Ehrenamtes aussehen? Eine Urkunde auf der einen und der Entzug der Arbeitserlaubnis für den Geflüchteten auf der anderen Seite, passen nicht zusammen. Das ist zynisch. Die LH München und der OB müssten einen passenden Weg finden zu signalisieren, dass sie auf der Seite der durchhaltewilligen Ehrenamtlichen stehen und ihre politischen Forderungen unterstützen.

Original-Ton einer langjährigen Ehrenamtlichen beim MFR:

„Ich persönlich bin gerade in einer denkbar ungünstigen Stimmung, um ein Loblied des Ehrenamtes zu singen. Ich bin wütend, ich bin wütend auf Deutschland, ich bin wütend auf die Mogelpackung Integration. ... Wir haben eine Verantwortung gegenüber denen, die die Politiker im Stich lassen, gegenüber einem Versprechen, das sie gegeben haben und das sie jetzt nicht einhalten, gegenüber uns, weil wir an die Integrationsbestrebungen geglaubt haben. ... Doch manchmal weiß ich nicht, ob es nicht besser wäre, wenn sie wieder zurückkehrten. Einen neuen Weg suchen würden, vielleicht in einem anderen Land. Ist Deutschland wirklich die bessere Wahl? ...

Ich kann meinem Schützling einfach nicht mehr glaubhaft machen, dass sich der lange, lange Weg hin zu einer vermeintlich besseren Zukunft und der damit verbundene Kampf für ihn wirklich lohnt. Er geht langsam zugrunde an seinen Selbstzweifeln, dem ständigen Leistungsdruck, den sogar ich zum Teil noch unbewusst verstärke, dem mangelnden Selbstwertgefühl durch das ständige Betteln und Bitten, was auch wieder auf die Ehrenamtlichen abfärbt, denn alles hat seine zwei Seiten, an seiner Hoffnung an eine irgendwie abstrakte Zukunft, an der nichts fix ist, das ist das schlimmste von allem. Er fragt mich immer wieder, was er jetzt machen soll, und ich kann ihm darauf keine Antwort geben. Nicht aufgeben: Blödsinn! Und immer diese Angst, etwas vergessen zu haben. Eine Frist nicht eingehalten und dann kein Geld, keine Arbeit zu bekommen oder abgeschoben zu werden.“

c) Gemeinsam für Menschenrechte und Demokratie

**Statement des Initiators von „Gemeinsam für Menschenrechte und Demokratie“,
Thomas Lechner, im Verein Münchner Freiwillige – wir helfen.**

Sechs Millionen Deutsche engagieren sich für Geflüchtete – das ist eine politische Bewegung. Und dann lässt man die Ehrenamtlichen – also die positive Kraft der Gesellschaft - alleine. Alles was sie erleben, was sie erfahren und an Wissen und Kompetenz zusammentragen, wird von der Politik nicht abgerufen, wird nicht genutzt.

So konkret und fassbar war Demokratie noch nie in meinem Leben, wie seit dem letzten Jahr. Der Prozess des sich politisierenden Engagements hat stark zugenommen und dadurch das Bewusstsein, dass es um die Menschenrechte von uns allen geht.

Oder anders formuliert: Viele, die sich für geflüchtete Menschen einsetzen, stellen sich früher oder später die Frage, in welcher Gesellschaft sie leben wollen. Das ist der Moment, wo ein Switch von humanitärem Handeln hin zum politischen Bewusstsein passiert. Das kann – oder

könnte – in Beteiligung an demokratischen Meinungsbildungs- und Gestaltungsprozessen münden. Hier liegt eine Menge an für die Gesellschaft abholbares Potential; hier stoßen aber auch viele schnell an demotivierende Grenzen.

Das Engagement beginnt meist spontan und führt zunächst zu Frustration und Abkehr von der Politik.

Konkreter: Das Engagement beginnt meist aus einer spontanen Aktion heraus: Man bringt beispielsweise Spenden in eine Organisation oder hat am Hauptbahnhof geholfen. Dabei begegnet man den Geflüchteten direkt. Dann beginnt das Herz zu arbeiten. Der konkrete Kontakt zu Menschen schafft Beziehung, und schon sind ganz plötzlich Kriege oder andere schlimme Situationen, die Menschen in die Flucht treiben, sehr konkret. Dann lässt man sich schulen, man begleitet seine neuen Freundinnen und Freunde zu ihrer Anhörung beim BAMF und beobachtet dabei schnell, dass diese Behörde mit der Wahrung von Menschenrechten und der Realisierung des Rechts auf Asyl viel weniger zu tun hat, als man gehofft hatte.

Ehrenamtlichen, die in vielen vergleichbaren Situationen in die Bresche springen und sich für Geflüchtete einsetzen, geht es schlecht, sie sind frustriert, sie sind ausgebrannt oder bleiben weg. Vor allem das Gefühl, mit einer großen Verantwortung alleine gelassen zu werden, macht mürbe. Du kannst nicht wirklich helfen, und auf einmal gerätst Du in dieselben Zeitschleifen wie die Betreuten und läufst mit ihnen im Hamsterrad. Die gegenwärtige Politik erzeugt viele solcher Warteschleifen und sinnlos scheinender Anordnungen: Die Sinnlosigkeit wirkt zuallererst auf die Geflüchteten selbst und in der unmittelbaren Folge auch auf die Ehrenamtlichen.

Dieses Gefühl von alleine-gelassen-sein hat auch stark mit der Wahrnehmung zu tun, wie die Politik auf das Erstarken von AFD und Pegida reagiert hat. Das war sofort überall ein großes Thema. Viele Politiker suchten das Gespräch, obwohl die Gegenseite nur grölte und nörgelte und das überdies oft auf menschenfeindliche Art.

Und Du selbst, Du grölst nicht, Du bist schön leise, Du machst eine gute Arbeit und setzt de facto das eingeforderte „Wir-schaffen-das“ um. Du erwirbst Dir mehr und mehr Fachwissen, springst in die Bresche für behördliche Mängel und Fehler, baust Brücken zwischen Verwaltung und der Gesellschaft. Und dann, dann wirst Du ignoriert oder bekommst einen warmen Händedruck, wirst aber dennoch nicht wirklich ernst genommen!

Viele wenden sich von den etablierten Parteien ab, selbst Menschen aus der Mitte der Gesellschaft. Bei denen, die sich stark für Geflüchtete einsetzen, gibt es diesen weit verbreiteten Politikverdross, der mich ziemlich entsetzt. Ich höre Aussagen wie: „Ich gehe nicht mehr wählen, es bietet sich ja keine Partei an, die meine Interessen wahrnimmt“.

Ehrenamtliche sind mit den dramatischen Folgen der Abschiebe- und Hinhaltspolitik konfrontiert.

Die Geflüchteten werden durch die Verschärfung der politischen Situation massiv belastet und häufig retraumatisiert. Und wir Ehrenamtlichen verlieren häufig den schon gut etablierten Kontakt: Die Geflüchteten verletzen sich selbst, begehen Suizid oder tauchen in die Illegalität oder die Drogenszene unter. Freundschaften, die geschlossen wurden, gehen zugrunde. Ehrenamtliche erfahren selbst traumatisierende Situationen, wenn sie sich die Erzählungen der Geflüchteten vergegenwärtigen oder in der Anhörung verzweifelt miterleben müssen, wie die BAMF-Vertreterinnen und -Vertreter reagieren; wie sie zum Beispiel belegbare individuelle Erlebnisse als „Geschichten“ oder gar Lügen abtun, nur um den geforderten Aberkennungsquoten zu entsprechen.

Die einzelnen Ehrenamtlichen werden immer mehr zu Fachleuten. Im Rechtsberatungs-Workshop auf dem Asylgipfel kam ich mir beispielsweise vor wie auf einer juristischen Fachtagung. Auch im Umgang mit Traumata erlangen viele immer mehr Kompetenzen. Dadurch wird aber ein Teil der Kernaufgaben (soziale Kontaktpflege, Zugänge in die Gesellschaft schaffen, Hilfe bei der

Orientierung im Bürokratie-Dschungel, etc.) in den Hintergrund gedrängt. Ehrenamtliche verwenden zu viel Zeit für Aufgaben, die von Fachleuten erledigt werden müssten. Hier besteht dringender Nachbesserungsbedarf durch städtische Beratungsstellen und fachkompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Das vorhandene Personal muss aufgestockt werden; es ist hoffnungslos überlastet.

Sechs Millionen Deutsche engagieren sich für Geflüchtete – das ist eine politische Bewegung. Ich stoße immer auf Leute, die zwar frustriert sind, aber trotzdem unglaublich viel positive Energie haben, die unbedingt reden wollen. Energie und Engagement und Redenwollen sind die drei Kernpunkte. Es ist doch verrückt, dass die Politik dieses Potenzial nicht abholt. Bundeskanzlerin Merkel sagte: „Wir schaffen das“. Sie meinte die Ehrenamtlichen, und es funktionierte auch noch besser als erwartet. Und dann lässt man die Ehrenamtlichen – also die positive Kraft der Gesellschaft – alleine. Alles was sie erleben, was sie erfahren und an Wissen zusammentragen, wird nicht abgerufen, wird nicht genutzt. Unglaublich!

Der Aufruf zu einer Vollversammlung der Ehrenamtlichen durch uns war wie eine Tür, die plötzlich aufging und von allen, die davon erfuhren, begeistert aufgenommen wurde. Es wurden und werden Diskussionsforen veranstaltet, mit „open mind“ Runden, und die Menschen sind in ihrem Redebedürfnis kaum zu bremsen. So groß ist der Wunsch, sich zu äußern und gegenseitig zu stärken. Wir brauchen generell bessere Formate des Sprechens und Diskutierens im öffentlichen Raum, denn in solchen Formaten liegt die Kraft sich nicht „allein-gelassen“ zu fühlen.

Mit den Bezirksausschüssen funktioniert es teilweise sehr gut. Es gibt über alle Maßstäbe engagierte ehrenamtliche Bezirksausschussmitglieder, die vor Ort verankert sind, selbst Deutschkurse geben und gleichzeitig die Ehrenamtlichen koordinieren. Aber das liegt an der Kraft und am Engagement von Einzelnen. Die BA's werden ja auch von Ehrenamtlichen getragen.

Hier könnte die Politik reagieren und die vorhandenen Strukturen stärken: Die BAs müssten personell und finanziell besser ausgestattet werden. In einer globalisierten Welt, in der die Fluchtbewegungen dazu führen, dass sich zunehmend mehr Menschen „global“ engagieren (also vor Ort, aber im Bewusstsein weltweiter Probleme), braucht es Anlaufstellen und Unterstützungsstrukturen für dieses engagierte Bürgertum. München steht da zwar besser da als andere Städte, aber die Strukturen, die es gibt, sind zu wenig bekannt, und institutionelle Schnittstellen zur Politik gibt es überhaupt nicht.

Es braucht viel mehr Partizipation der Bürgerinnen und Bürger.

Es braucht lokale Andockstellen für Bürgerinnen und Bürger, denen politisch etwas auf den Nägeln brennt: An wen kannst Du dich wenden, wenn Dir etwas auffällt oder Du ein Problem hast mit bestimmten Abläufen und Entscheidungen? Da kann man als Stadtverwaltung sehr wohl noch weiter denken und niederschwellig ansetzen, zumindest aber transparenter machen, welche Wege, Möglichkeiten und Optionen es bereits gibt.

Da kann man mutiger sein und mehr experimentieren. Das würde von einem ausgeprägten Demokratieverständnis zeugen und die Bürgerinnen und Bürger wieder abholen und einbinden.

Wichtig wären neutrale Schnittstellen zu Verwaltung und Politik wie zum Beispiel Ombudsmänner und -frauen, also Personen, die das demokratische Potenzial dieser „Bewegung“ erkennen und Wege aufzeigen, wohin sich Bürgerinnen und Bürger mit ihre Anliegen oder Beschwerden wenden können.

Moderatorinnen und Moderatoren sowie Räume für Dialog und Diskussion sollten von der Stadt vorgehalten, gepflegt und gefördert werden, und zwar nicht nur wenn gerade mal etwas Spektakuläres ansteht, sondern als institutionalisierte Struktur.

Dialogrunden könnten und sollten organisiert werden. Der Anfang wurde ja bereits gemacht, als es Veranstaltungen für Anwohnerinnen und Anwohner von entstehenden Unterkünften gab. Aber danach? Abgesehen von einer Mauer in Neuperlach hat hinterher nie wieder jemand gefragt „Wie geht es euch nun mit der Unterkunft?“ Allenfalls kommt im Konfliktfall die Mediatorin bzw. der Mediator der Stadt vorbei und kann auch nur wenig tun. Der Riss der immer mehr durch unsere Gesellschaft geht, ist jetzt auch häufig ein Riss in den eigenen Freundes- und Bekanntenkreis hinein. Viele Ehrenamtliche wünschen sich ganz konkret Argumentationshilfen bei der Verteidigung unserer demokratischen Werte und Grundrechte (dem Grundgesetz!), wenn schon Teile der Politik (insbesondere in Bayern) mehr und mehr eben diese Grundrechte aushebeln.

Das Engagement hat sich verbunden mit einem ganz bewussten politischen Engagement gegen Rechts. Die Stadtgesellschaft hat ein starkes Motiv, nämlich die Thematik der „Flüchtlingspolitik“ nicht den Rechten zu überlassen, sondern dagegen Initiativen zu fördern und ein klares Signal zu senden, dass man sich für eine offene, bunte, vielfältige Gesellschaft einsetzt.

Das bedeutet in der Konsequenz, dass besonders auf lokaler Ebene mehr Möglichkeiten der Partizipation geschaffen werden müssen. Das gilt gleichermaßen für Ehrenamtliche, die betreuten Geflüchteten und auch für die immer stärker wachsende Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund. Ein lokales Wahlrecht wäre ein starkes Signal in Richtung Einbindung all dieser positiven Kräfte und Energien. Ich war überrascht, wie viele Migrantinnen und Migranten sich ehrenamtlich engagieren, die selbst noch nicht einmal ein Wahlrecht haben.

München steht für viel mehr, als „Tausende die am Bahnhof stehen und Flüchtlinge willkommen heißen“. Das Potenzial für ein verstetigtes Engagement ist enorm, dazu muss jedoch ein breiter gesellschaftlicher Dialog mit Politik und Verwaltung stattfinden, an und mit der Basis. Unsere Demokratie wird enormen Schaden nehmen, wenn das jetzt nicht gelingt. Oder positiv formuliert: Es besteht eine hohe Chance, demokratische Strukturen zu stärken und zu festigen, wenn ein Dialog zustande kommt. Das wäre auch eines der bestmöglichen „Rezepte“ gegen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus.

d) Migrantenvereine als Akteure der Integration

Angebote selbstorganisierter Initiativen von Migrantinnen und Migranten für Geflüchtete und ihre Brückenfunktion für die Integration

Studien zeigen deutlich, dass Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund schwer Zugang in die örtlichen Beratungs- und Unterstützungssysteme finden – bei insgesamt höheren sozialen Belastungen. Migrantenorganisationen sind auf Grund ihrer Niederschwelligkeit besonders geeignet, Grundlageninformationen zu geben. Sie sind wichtige Vermittler in das professionelle System.

Von Anfang an spielten Migrantenorganisationen im Feld der Sozialen Selbsthilfe eine wichtige Rolle. In den vergangenen zehn Jahren waren die Migrantengruppen in der Selbsthilfeförderung die größte Gruppe geförderter sozialer Initiativen.

Aus den verschiedenen Formen der Zusammenarbeit des Selbsthilfezentrums (SHZ) mit den Migrantenorganisationen ist bekannt, dass viele Initiativen Geflüchtete oder Neuankömmlinge aus ihren jeweiligen Herkunftsländern unterstützen. Um darüber ein genaueres Bild zu bekommen, führte das SHZ unter den Migranteneinitiativen eine Befragung durch.

Die Befragung der Migrantenorganisationen erfolgte mittels eines standardisierten Fragebogens. Von 110 angeschriebenen Initiativen beteiligten sich 31 an der Erhebung. 29 davon gaben an, dass sie Angebote für Geflüchtete und Neuankömmlinge machen. An erster Stelle standen „Begleitung zu Ämtern, Terminen oder Ähnlichem“ sowie „Gespräche, Information, Beratung“. An zweiter Stelle „Dolmetschen, mündliche Übersetzungen“ und „Kulturangebote“. Eine nicht unerhebliche Rolle spielten aber auch „Angebote für Kinder“, für „Menschen mit Behinderungen“ und „ältere Migrantinnen und Migranten“.

Zur Vertiefung der quantitativen Erhebung führte das SHZ 2015 mit Unterstützung durch ein externes Forschungsinstitut (SIM – Sozialwissenschaftliches Institut München) eine explorative, qualitative Untersuchung durch. Im Zuge dieses Projektes wurden 15 qualitative Interviews mit Migrantenorganisationen durchgeführt. Befragt wurden Gruppen aus afrikanischen Ländern, aus Afghanistan, Ost-China, mehreren arabischen Ländern sowie eine Initiative aus der ehemaligen Sowjetunion.

Nachfolgend werden einige zentrale Ergebnisse der qualitativen Untersuchung vorgestellt¹⁵.

- Das Engagement für Geflüchtete wird in den Initiativen nicht prinzipiell von der Arbeit für die hier schon länger lebenden Migrantinnen und Migranten unterschieden.
- Die kontextuellen Rahmenbedingungen (Finanzen Räume, Personal, Zeit) sind sehr begrenzt.
- Die Breite des Engagements bzw. der Angebote ist dennoch beträchtlich. Migrantenorganisationen informieren, beraten und unterstützen Flüchtlinge und Zugewanderte finanziell, sie übersetzen, bieten ihnen Freizeitangebote und vermitteln ins Profisystem.
- Im Rahmen ihrer Freizeit- und Kulturangebote schaffen Migrantenorganisationen vielfach Möglichkeiten zum Austausch mit der örtlichen Bevölkerung. Diese Aktivitäten fördern die Akzeptanz und die Aufnahmebereitschaft in der Bevölkerung.

Migrantenorganisationen sind Vermittlerinnen und Vermittler einer „kulturellen Grundlagenbildung“.

Viele Migrantenorganisationen sind in den Erstaufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften leider nicht bekannt mit der Folge, dass Einrichtungen nicht über die Existenz der Migrantenorganisationen informieren und an sie verweisen können. Für München zeigt sich, dass zur Unterstützung von Migrantenorganisationen die Entwicklung neuer Förderinstrumente positive Auswirkungen hätte. Mit einem relativ geringen Mittelaufwand könnten Kompetenzen erschlossen werden, die im professionellen System selten vorhanden sind.

¹⁵ Andreas Sagner, 2016: Befragung von Initiativen der Migrantenselbstorganisation zu ihrem Engagement für Flüchtlinge und Neuankömmlinge, SIM- Sozialwissenschaftliches Institut München.

SAMO.FA

Das bundesweite Projekt¹⁶, das seit März 2016 auch in München unter dem Dach von MORGEN, dem Netzwerk der Migrantenvereine umgesetzt wird, unterstützt Menschen mit eigener Migrationserfahrung und Migrantenorganisationen in ihrem Engagement, die gleichberechtigte Teilhabe von Geflüchteten in allen Bereichen des lokalen und kommunalen Lebens zu stärken.

- SAMO.FA finanziert Aktivitäten der Migrantenvereine für Geflüchtete. Vereine wie die Eritreische Union e.V., Yalla Arabi, Aryana Schule, ankommen in Deutschland e.V. oder Urucungo e.V. werden bei ihren jeweiligen Angeboten für und mit Geflüchteten beratend und finanziell unterstützt. Die Vereine entwickeln mit Hilfe von SAMO.FA neue Angebote (z.B. Förderung von Geflüchteten in der Gastronomie über Kochprojekte von ankommen in Deutschland e.V., Entwicklung eines inklusiven Capoeira-Angebotes für geflüchtete und behinderte Kinder durch Urucungo e.V., Bildungsreisen für syrische Geflüchtete mit dem syrischen Friedenschor). Auf diese Weise stärkt SAMO.FA die Arbeit der Migrantenorganisationen und unterstützt die Teilhabe der Geflüchteten in München.
- SAMO.FA dient auch als Vermittler für Migrantenvereine zu Gemeinschafts- oder Erstaufnahme-Unterkünften und Einrichtungen der Flüchtlingshilfe.
- Geflüchtete kommen über die sie begleitenden Migrantenvereine zu kulturellen Veranstaltungen, wie z.B. zum Internationalen Tag der Muttersprache, zum Märchenfest und zum Kulturfestival, die zum interkulturellen Austausch und zu einer offenen Stadtgesellschaft beitragen

Handlungsempfehlungen

1. Bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge braucht besonders hauptberufliche Unterstützung in Form von Beratung, Begleitung und Orientierung in etablierten Strukturen, aber auch in der Ausformung und Gestaltung initialer Ideen und neuer Projekte. Diese muss kontinuierlich sein und darf nicht von schwankenden Flüchtlingszahlen abhängig gemacht werden.
2. Die Rahmenbedingungen für das Engagement im Flüchtlingsbereich dürfen nicht weiter bürokratisch überreguliert werden. Um das Engagement attraktiv zu halten, darf nicht mehr von Freiwilligen verlangt werden, als es dafür gesetzliche Grundlagen gibt (z.B. Einsicht in Führungszeugnisse). Das Netzwerk Willkommen-in-München muss sich auch Asylhelferkreisen öffnen können, damit zum Engagement bereite Bürgerinnen und Bürger stadtteilnah ins Ehrenamt für Geflüchtete finden. Die bisherige Hürde, dass die Asylhelferkreise nur aufgenommen werden können, wenn sie von all ihren Engagierten ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis einfordern, muss beseitigt werden.
3. Die stationäre Jugendhilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Trägerschaft der Stadt muss Maßnahmen für ein qualitatives Freiwilligenmanagement einführen. Bei den entsprechenden Zuschussnehmern muss die Stadtverwaltung die Empfehlung für eine ausgebildete Freiwilligenkoordination aussprechen.

¹⁶ Das Kürzel SAMO.FA steht für *Stärkung von Aktiven aus Migrantenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit*.

4. Es ist zu erwarten, dass sich im Flüchtlingsbereich vermehrt eine Fragmentierung und Zersplitterung der Helferinnen und Helfer durch den Auszug von Geflüchteten aus den zentralen Unterkünften ergeben wird. Die bestehenden Strukturen in den Stadtteilen sind nicht für diese zusätzlichen Aufgaben vorbereitet. Auch wenn entsprechende Konzepte bereits entwickelt sind, werden zusätzliche Ressourcen benötigt, da im Sozialraum aktuell kein Spielraum existiert. Für diese veränderte Situation braucht es stadtteilbezogene Anlaufstellen, die personell und räumlich entsprechend ausgestattet sind.
5. München ist bunt! Der Stadtspitze und Stadtpolitikerinnen und -politikern muss klar sein, dass sie bei populistischen Avancen einer kleinen Minderheit Aufmerksamkeit schenken, aber dabei eine große gesellschaftliche Mitte aus den Augen verlieren. Die engagierten Bürgerinnen und Bürger wünschen sich den partizipativen Dialog mit ihren Stadträtinnen und Stadträten. Sie wollen ihre Stadt und ihr Viertel mitgestalten. Damit die Vielfalt im Einsatz für Flüchtlinge stark und sichtbar bleibt, brauchen gerade die Freiwilligen in der Flüchtlingsarbeit besonderen Rückhalt gegenüber extremistischen und menschenfeindlichen Entwicklungen.
6. SAMO.FA leistet einen zentralen Beitrag zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit eigenem Migrationshintergrund sowie Migrant*innenorganisationen. Das Projekt SAMO.FA ist aktuell bis 31. Dezember 2017 befristet. Der Stadtrat wird gebeten, ein positives Signal an den Projektträger – die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration – zu senden, um die Verlängerung bis zum 31. Dezember 2018 zu unterstützen.

6. Zusammenwirken von Spontanhilfe und Katastrophenschutz

Aus den Erfahrungen der Einsatzkräfte mit Sicherheitsaufgaben und der Spontanhelferinnen und -helfer sollen Werkzeuge und Leitlinien entstehen, die ein spontanes Bürgerschaftliches Engagement und eine kooperative Zusammenarbeit zwischen Helferinnen und -helfern sowie Behörden des Bevölkerungsschutzes im Bedarfsfall unterstützen. Gelingt dies, so erweitert sich der Bevölkerungsschutz um eine tragende Säule.

Im Sommer/Herbst 2015 war München bundes-, – ja weltweit – in aller Munde. Der Umgang mit den damals zu tausenden in der Stadt eintreffenden Schutzsuchenden war beispielgebend. Niemand hätte vor diesen Tagen darauf gewettet, dass in diesem Ausnahmezustand Bürgerinnen und Bürger sowie offizieller Katastrophenschutz innerhalb weniger Tage funktionierende Formen der Zusammenarbeit entwickeln könnten.

Die bunt zusammengewürfelten engagierten Privatpersonen hatten ja keinerlei gemeinsame Hintergrundstruktur. „Wir wollen helfen, wo Hilfe gebraucht wird“, war die einzige und doch erstaunlich tragfähige Gemeinsamkeit.

Die erfreuliche Erfahrung, dass weite Teile der Zivilbevölkerung gerne bereit sind, spontane Hilfe zu leisten, haben auch die Ereignisse rund um das Hochwasser in Passau 2013 oder den Amoklauf im OEZ im Juli 2016 gezeigt.

Der Fachbeirat für Bürgerschaftliches Engagement initiierte Ende Juli 2017 einen Workshop, der dazu beitragen sollte, diese wertvollen Erfahrungen nutzbar zu machen. Der Einladung folgten über 30 Teilnehmende aus dem Katastrophenschutz, aus Behörden und Rettungsdiensten, aus der Stadtverwaltung, aus Vereinen und von den Spontanhelferinnen und -helfern aus 2015.

Aus diesem Treffen ergab sich als erste Erkenntnis, dass in größeren Krisensituationen oder Katastrophenfällen in Zukunft immer mit der spontanen Hilfe von Münchnerinnen und Münchnern gerechnet werden kann. Als dritte Säule sind aber bestehende Vereine oder Netzwerke von Bedeutung, die z.B. die Plattform für social media Seiten bieten oder vorübergehend als Zuschussnehmer öffentlicher Gelder auftreten. Es ist auch sinnvoll, sogenannte Helfer-Kits, mit farbigen Warnwesten, Einmalhandschuhen, Armbändchen, Mundschutz etc. sowie Informationen zu Versicherungsschutz und Impfungen vorzuhalten.

Die konkreten, weiteren Ergebnisse des Treffens werden dokumentiert und sollen in Leitlinien münden, die für Katastrophenschutzbehörden in künftigen Krisensituationen, egal aus welchem Anlass, leicht abrufbar und nutzbar sind.

Die Brandschutzbehörde wird diesen Prozess zusammen mit Vertretungen aus dem Fachbeirat und weiteren Mitwirkenden aus dem Workshop federführend organisieren und unter Beteiligung von bürgerschaftlich Engagierten ein Konzept verfassen

Handlungsempfehlung

Für das Erstellen der Leitlinien und Konzepte, das Vorhalten der Helfer-Kits und die Schulung von Personal, das im Ernstfall geeignet ist, mit den Spontanhelferinnen und -helfern auf Augenhöhe zu kommunizieren, braucht es angemessene Personal- und Sachressourcen in der für den Katastrophenschutz zuständigen Behörde Branddirektion. Im Rahmen der Konzeptentwicklung sollte geprüft werden, inwieweit die Freiwillige Feuerwehr mit ihren ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern hier verantwortlich eingebunden werden kann.

7. Rückschau

a) Veränderungen in der personellen Zusammensetzung des Fachbeirates¹⁷

- Prof. Heiner Keupp gab Anfang 2016 sein Amt als Vorsitzender des Fachbeirates auf und den Stab an Klaus Grothe-Bortlik (Forum BE) und Norbert Huber (Arge Freie) weiter.
- Als neues Mitglied des Fachbeirates konnte Prof. Luise Behringer (Katholische Stiftungshochschule München, Campus Benediktbeuern) gewonnen werden. Sie repräsentiert seit Mitte 2016 die Seite der Wissenschaft; Prof. Keupp ist ihre Vertretung.
- Im Fachbeirat für BE ist auch die Mitgliedschaft von mindestens einer/m engagierten Ehrenamtlichen vorgesehen. Leider musste Herr Nestel, ehrenamtlicher Mitarbeiter bei der mobilen Werkstatt Hasenberg, aus gesundheitlichen Gründen ausscheiden. Bisher konnte kein/e

¹⁷ Die aktuelle Zusammensetzung des Fachbeirates ist einsehbar unter http://www.foebe-muenchen.de/?MAIN_ID=7

Nachfolger/in gefunden werden. Der Fachbeirat wird sich nach der Abgabe des Vierten Berichtes verstärkt um eine Nachbesetzung bemühen.

- Die Engagementbereiche „Kultur“ und „Umwelt“ sind bisher noch unberücksichtigt¹⁸ und das Hearing mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften noch nicht durchgeführt.
- Der Bereich Gesundheit ist mit der Mitgliedschaft des Selbsthilfezentrums München nach Ansicht des Fachbeirates ausreichend vertreten.

Der Fachbeirat beabsichtigt, ab Herbst 2017 Themen zu klären, die während der Phase der Berichterstellung hintangestellt werden mussten. Dazu gehören:

- Das Nachbesetzen der ehrenamtlichen Position.
- Das Erstellen einer Satzung mit den damit verbundenen Antragsrechten im Stadtrat und die Klärung eines Sachbudgets.
- Die Klärung, welche Engagementfelder noch besetzt werden sollten.
- Das Hearing mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften.

b) Erfolgreich bearbeitete Empfehlungen laut Stadtratsbeschlüssen

Aus dem Bericht des Fachbeirates 2015 resultierten verschiedene Aufträge an die Verwaltung, die wie folgt umgesetzt wurden:

- Das Konzept zur Einführung eines Innovationsfonds wurde gemeinsam mit dem Fachbeirat erarbeitet und am 01.03.2016 dem Stadtrat vorgelegt. Es wurde zur Kenntnis genommen, jedoch aufgrund der damaligen Haushaltslage nicht für die Umsetzung genehmigt.
- Als Hilfestellung für Organisationen und Vereine, die ihre Räume vermieten möchten, wurde inzwischen das Muster einer Raumnutzungsvereinbarung incl. einer Selbstauskunft und ein Leitfaden für Vermieterinnen und -mieter entwickelt und ist im Internet unter „muenchen.de“ und im städtischen Intranet sowie unter www.foebe-muenchen.de für alle Interessierten zur Verfügung gestellt. Die technische Verlinkung der einzelnen Raumbörsen bei der LHM ist noch in Arbeit. Bei FÖBE konnte mit der erhöhten Stundenkapazität eine Ausweitung der Raumbörse erreicht werden: Aktuell stehen 122 Räume von 49 Anbietern gemeinnützigen Organisationen zur Verfügung.
- Stellenmehrungen im zivilgesellschaftlichen Bereich erfolgten bedarfsorientiert im Rahmen der Zuschussvergabe der Fachreferate.
- Das Thema „Bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge“ wird im Gesamtplan „Integration von Flüchtlingen“ berücksichtigt, der vom Sozialreferat erarbeitet und voraussichtlich Ende 2017 dem Stadtrat vorgelegt wird.

¹⁸ Stadtratsbeschluss 2012: Der Fachbeirat wird erweitert um Mitglieder aus den Bereichen Gesundheit, Kultur, Migration, Schule und Kindertagesbetreuung, Sicherheit (Freiwillige Feuerwehr, Katastrophenschutz), Umwelt und Kirche. Der Fachbeirat kann dem Stadtrat geeignete Institutionen und Personen zur Aufnahme in den Fachbeirat vorschlagen.

- Die Umfrage zur Zukunft der Vereine wurde im Sommer 2017 durchgeführt. Ergebnisse liegen voraussichtlich im 1. Quartal 2018 vor. Die Zusammenarbeit zwischen der Auftraggeberin LHM, der Begleitgruppe und dem durchführenden Institut SIM gestaltet sich konstruktiv.
- Das Kulturreferat konnte sich in den vergangenen zwei Jahren intensiv mit dem Thema Kultur und Bürgerschaftliches Engagement befassen. Unter anderem begleitet und berät es verschiedene Kulturvereine in organisatorischen Fragen (z. B. Vorstandsnachfolge).
- Das Thema Inklusion und Bürgerschaftliches Engagement wird im 2. Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK berücksichtigt, der 2017 erarbeitet wird. Außerdem erfolgt ein regelmäßiger Austausch mit der zuständigen Dienststelle im Sozialreferat.
- Der Bericht zur Arbeit der gesamtstädtischen Anlaufstelle „Unternehmensengagement und Spenden“ wurde im Sommer 2017 dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben. Außerdem wurde dem Stadtrat ein Konzept zum Thema „Die Landeshauptstadt München als engagierte Arbeitgeberin“ zur Entscheidung vorgelegt.
- Der Beschluss „Mitwirkungsmöglichkeiten der städtischen Beiräte an der Stadtpolitik“ vom 07.12./14.12.2016 befindet sich in der Umsetzungsphase. Am 25.07.2017 fand das zweite Treffen aller Beiräte im Rathaus statt. Eine Satzung für den Fachbeirat BE wird Ende 2017 erarbeitet und voraussichtlich im 1. Quartal 2018 dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt.
- Der Austausch mit den Referatsspitzen hat 2017 begonnen. Mit der Leiterin des Sozialreferates, Frau Dorothee Schiwy und mit der Referatsleiterin des RBS, Frau Beatrix Zurek, konnte der Fachbeirat bereits erste interessante Gespräche führen. Der Fachbeirat wünscht sich eine Fortführung dieser Austauschtreffen mit den Referatsspitzen.

c) Relevante unerledigte Aufträge aus dem Dritten Bericht

Aus dem Bericht des Fachbeirates 2015 wurde die relevante Empfehlung zum Innovationsbudget noch nicht berücksichtigt. Der Fachbeirat BE findet das dem Stadtrat vorliegende Konzept weiterhin dringlich und wird sich dafür einsetzen, dass das Projekt in den Haushalt für 2019 aufgenommen wird.

d) Förderliches Klima für Bürgerschaftliches Engagement an städtischen Schulen

Im letzten Bericht hat der Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement auf die besondere Bedeutung des Lern- und Lebensortes Schule zur Förderung des Engagements von Schülerinnen und Schülern hingewiesen.

Bereits im Oktober 2016 konnte hierzu ein Gespräch mit der neuen Bildungsreferentin Beatrix Zurek stattfinden. Es ist eine Ermutigung, dass auch das Referat für Bildung und Sport (RBS) Bürgerschaftliches Engagement als wichtig ansieht. Dies zeigt sich auch darin, dass im RBS eine Vollzeitstelle für Bürgerschaftliches Engagement eingerichtet wurde. Es ist ein deutliches Signal, dass der Stellenwert Bürgerschaftlichen Engagements im RBS merklich zugenommen hat. Auch ist die Fortführung dieser Stelle durch eine Vertretung ein positives Zeichen.

Auch wenn die Stadt nur begrenzt Einfluss auf den Lehrplan und dessen Umsetzung hat, gibt es Möglichkeiten, ein förderliches Klima für Bürgerschaftliches Engagement an städtischen Schulen zu schaffen. Von verschiedenen Seiten kann das Engagement von Schülerinnen und Schülern innerhalb der städtischen Schulen gefördert werden:

Engagement-freundliche Schule

Schülerinnen und Schüler wollen sich politisch, sozial, ökologisch und kulturell engagieren. Eingezwängt in einen starren Lehrbetrieb, gefordert durch Hausaufgaben und gestresst durch Leistungsdruck, bleibt jedoch nur noch wenig Zeit und Kraft für ein Engagement. Durch gezielte Maßnahmen können trotzdem für Schülerinnen und Schülern engagementfreundliche Rahmenbedingungen an der Schule geschaffen werden. So ermöglichen ein bis zwei hausaufgabenfreie Nachmittage pro Woche verbindliches Engagement von Schülerinnen und Schülern am Nachmittag zum Beispiel als Gruppenleitung. Der prüfungsfreie Montag wiederum ermöglicht verbindliches Engagement am Wochenende z.B. als Betreuer oder Betreuerin auf einer Jugendfahrt. Solche Schritte sind im Rahmen der Schulverfassung zu entwickeln. Die Stadt München kann durch geeignete Unterstützungsmaßnahmen z.B. durch Fortbildungen des Pädagogischen Institutes hier hilfreich tätig werden.

Lernen durch Engagement

Passend zum Curriculum können Projekte gefunden werden, in denen sich Schülerinnen und Schülern engagieren können. In allen Schularten könnten auf diese Weise der Lehrplan und Engagement strategisch und sinnvoll verknüpft werden. Leider wurde ein Antrag der Stiftung „Die Gute Tat“ zum Lernen durch Engagement vom RBS nicht bewilligt. Obwohl sich die Stiftung für das Konzept Lernen durch Engagement ein münchenweit einmaliges Know-how verschafft hat, will das RBS solche Maßnahmen als freiwillige Leistung mit eigenen Kräften umsetzen. Es mache keinen Sinn, dafür Dritte bzw. Externe einzusetzen.

Jetzt ist die Stiftung auf nicht verlässliche Drittmittel angewiesen. Dies ist eine verpasste Chance. Für das Leben lernen geschieht vielfach im Engagement, und dies müsste den Schülerinnen und Schülern systematisch zugänglich sein. Eine aktive Gestaltung von Lerninhalten durch Engagement außerhalb der Schule kann auch eine bessere Orientierung für eine spätere Berufswahl bieten und Schülerinnen und Schüler jenseits des trockenen Lernstoffs motivieren, indem sie das Gelernte praktisch anwenden und sinnvoll einsetzen können.

Schülermitverantwortung (SMV) – Räume für Engagement

In Rahmen der Schulbauoffensive sind jeweils SMV-Räume für jedes Gymnasium (24 qm) und für jede Realschule (20 qm) vorgesehen. Für Mittelschulen sind jedoch keine Räume vorgesehen. Diese Schlechterstellung der SMV an Mittelschulen ist inhaltlich nicht begründbar, auch wenn hier der Freistaat Bayern keine entsprechenden Zuschüsse leistet.

Ehrenamtliches Engagement von Schülerinnen in der SMV muss oftmals außerhalb der Unterrichtszeiten erfolgen. Daher ist die Nutzbarkeit der SMV-Räume auch am Abend und am Wochenende für das Gelingen der SMV notwendig. Im Sinne einer eigenständigen Nutzbarkeit der Räume ist eine eigenständige Zugänglichkeit für die Nutzerinnen und Nutzer erforderlich.

Schülerpatenschaften – „Netzwerk Münchner Schülerpaten“

In den letzten Jahren hat die Zahl von freiwilligen Schülerpatenschaften enorm zugenommen. Als zusätzliche Ressource neben Elternhaus und Schule begleiten Freiwillige den Bildungsweg von Schülerinnen und Schülern und helfen bei der Berufsorientierung bzw. Ausbildungsplatzfindung.

Das „Netzwerk Münchner Schülerpaten“ ist dabei die Interessenvertretung von Münchner Paten- und Mentoring-Projekten an Mittelschulen unter dem Dach von FöBE. Um einen wirkungsvollen Einsatz der freiwilligen Schülerpaten an Mittelschulen zu ermöglichen, hat das Netzwerk Münchner Schülerpaten mit der bisherigen Stelle für Bürgerschaftliches Engagement im Referat für Bildung und Sport vertrauensvoll zusammengearbeitet. Das Referat für Bildung und Sport half bei der Ansprache der Mittelschulen, woraus sich mehr Mittelschulen für eine Zusammenarbeit mit Paten- und Mentoring-Projekten öffneten. Diese Vermittlerrolle des RBS zu den Mittelschulen gilt es weiterhin zu halten, um die bisherige qualitative Arbeit von freiwilligen Schülerpatinnen und -paten zu stärken.

8. Ausblick: Engagement für Nachhaltigkeit

Entwicklungen der neuen zivilgesellschaftlichen Basiskultur: Repair-Cafés, food sharing, online volunteering und die MIN-Initiative (Münchner Initiative für Nachhaltigkeit).

Entwicklungen einer neuen, zivilgesellschaftlichen Basiskultur.

Rund um den schillernden Begriff der Nachhaltigkeit entstehen derzeit viele neue Initiativen, die nicht nur, aber vor allem junge Menschen ansprechen. Dazu zählen Foodsharing-Gruppen und Second-Hand-Initiativen, Urban Gardening Projekte, Tauschbörsen und Repaircafés. Sie eint der Gedanke, mit den Ressourcen der Welt schonend umzugehen. Viele dieser Initiativen versuchen mit unternehmerischem Geist und digitalen Formen der Kommunikation, Menschen in ein Netzwerk der Verbraucher und Produzenten einzubinden. Dabei entsteht ein kreatives Gemisch aus Verdienstmöglichkeiten und Ehrenamt, wie etwa das Münchener Kartoffelkombinat oder die Initiative Coffee-to-go-again. Diesen Initiativen ist ein genossenschaftlicher Gedanke eigen, einer gegenseitigen Unterstützung und Information. Es geht nicht um Profitabilität, sondern um Stabilität in Selbstorganisation. Viele dieser Initiativen scheuen sich, eine juristische Organisationsform anzunehmen oder tun das erst dann, wenn es das „Geschäftsmodell“ verlangt. Netzwerke wie BENE oder die in München ansässige Stiftung Anstiftung unterstützen derartige Initiativen und Gruppen.

In den „klassischen“ Diskursen und Gremien des Bürgerschaftlichen Engagements sind diese Akteurinnen und Akteure eher selten vertreten. Es wäre wünschenswert, die Akteurinnen und Akteure des Bürgerschaftlichen Engagements und der Nachhaltigkeitsszene, die in München starke Partner hat (etwa den Oekom Verlag, die Schweißfurth Stiftung, Utopia.org) stärker ins Gespräch zu bringen.

Die Münchner Nachhaltigkeitsinitiative: MIN¹⁹

Mit den im September 2015 von den Vereinten Nationen in New York beschlossenen „Globalen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung“ (SDGs/Agenda 2030) und der Pariser Klimaschutzvereinbarung vom November 2015 reagiert die Weltstaatengemeinschaft auf die menschengemachte globale Bedrohung des Planeten. Deutschland legte zur Umsetzung eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie auf und setzt Länder und Kommunen in die Pflicht. Die Landeshauptstadt München erklärte sich im Juni 2016 mit der Unterzeichnung der Resolution des Deutschen Städtetags bereit, sich an der Umsetzung der Agenda 2030 zu beteiligen und die Stadtbevölkerung in die Entwicklung einer lokalen Nachhaltigkeitsstrategie einzubeziehen.

Vor diesem Hintergrund schlossen sich zunächst 23 zivilgesellschaftliche Organisationen im November 2016 zur Münchner Initiative Nachhaltigkeit (MIN) zusammen. In einem Positionspapier formulierten die Organisationen ihr Selbstverständnis und führten darüber Gespräche mit Rathausfraktionen, Referenten, Vertretern von Wirtschaft und Kirchen. Das Bündnis ist offen für weitere Organisationen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Kultur, Soziales, Gesundheit und Umwelt. Zahlreiche weitere Initiativen haben bereits ihr Interesse an einer Mitwirkung angekündigt.

MIN setzt sich für den Leitgedanken ein, so zu leben und zu wirtschaften, dass die Entwicklungschancen heutiger und künftiger Generationen in München und weltweit gewahrt bleiben und dabei die Grundlagen allen Lebens erhalten werden. Die Mitglieder von MIN eint der Einsatz für eine gerechte, nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung der Stadt – im globalen Rahmen – sowie die Forderung nach Verankerung und institutioneller Struktur für eben diese.

MIN trägt dazu bei, dass die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt in partizipativen Prozessen zwischen Politik, Verwaltung, Bürgerschaft, gesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaft und Wissenschaft erfolgt. Dabei werden existierende Planungen und Praktiken wie die „Perspektive München“, das „Integrierte Handlungsprogramm Klimaschutz München“ oder der „Klimaschutzaktionsplan“ sowie Fachplanungen im Gesundheits- und Sozialbereich miteinbezogen.

Kurzfristig ist die Durchführung einer Nachhaltigkeitskonferenz in München im ersten Halbjahr 2018 geplant. Mittelfristig setzt sich MIN für die Bildung eines Nachhaltigkeitsrats für München sowie die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie ein. Dabei sollen bisherige fachbezogene Planungen und Praktiken wie die „Perspektive München“, das „Integrierte Handlungsprogramm Klimaschutz München“ oder der „Klimaschutzaktionsplan“ sowie Fachplanungen im Gesundheits- und Sozialbereich gewürdigt, auf ihre Übereinstimmung mit den globalen Zielen für eine Nachhaltige Entwicklung hin überprüft und in eine zu entwickelnde lokale Nachhaltigkeitsstrategie integriert werden.

Der Fachbeirat für Bürgerschaftliches Engagement möchte auf dieses sich entwickelnde Netzwerk Nachhaltigkeit aufmerksam machen, in dem sich etablierte und bekannte Münchner Organisationen eingefunden haben, um gemeinsam mehr Gehör für die Nachhaltigkeitsziele zu finden.

Eine intensivere Betrachtung dieser Form Bürgerschaftlichen Engagements, vor allem was die Schnittmenge zur Bürgerbeteiligung angeht, wird u.a. Gegenstand des nächsten Fachbeiratsberichtes sein.

¹⁹ www.m-i-n.net

9. Beschlussempfehlungen

Die im Bericht behandelten Themen und Aufgabenfelder weisen auf eine hohe Engagementbereitschaft in der Stadtbevölkerung hin, die Anerkennung und Unterstützung verdient. Für die Förderung und Weiterentwicklung dieser Bürgerschaftlichen Potenziale wurden Handlungsempfehlungen generiert, die abschließend zusammengeführt und zu Beschlussempfehlungen verdichtet werden.

1. Bei jeder neu geplanten Verwaltungsstelle im Bereich Bürgerschaftliches Engagement wird von Verwaltung und Politik geprüft, ob der Schwerpunkt auf dem Verwalten oder dem Durchführen von fachlichen Maßnahmen liegt.

Um Abläufe zu erleichtern und rasche Entscheidungen zu ermöglichen, werden die Spitzen der Verwaltung von der Stadtpolitik beauftragt, gemeinsam mit dem Fachbeirat BE Empfehlungen zu erstellen, damit auf der einen Seite Rechtssicherheit und auf der anderen Seite Förderlichkeit für Bürgerschaftliches Engagement in Abwägung gebracht werden können.

2. Der Fachbeirat BE wird zeitnah zu allen relevanten Planungsvorhaben zu Bürgerschaftlichem Engagement informiert.

3. Fachtage und -gespräche zu Monetarisierung und zur Herstellung von Handlungsfähigkeit werden organisiert mit Expertinnen und Experten aus dem Bürgerschaftlichen Engagement, dem Arbeits-, Steuer- und Sozialrecht, sowie Vertretungen von Verbänden, Organisationen des Bürgerschaftlichen Engagements, Verwaltung und Politik. Die Differenzierung der verschiedenen Formen von sozialversicherungspflichtiger Arbeit und von freiwilligem Engagement, eine Begriffsklärung und eine entsprechende Entideologisierung werden vorangetrieben. Die Debatte muss zeitnah und fortlaufend geführt werden. Diese vom Fachbeirat und in der aktuellen Leitlinie Soziales angestoßene Debatte soll ein erster Aufschlag sein, um in den kommenden Jahren die Fragen und Antworten zur Monetarisierung weiter zu detaillieren.

4. Transparenz im Umgang mit Geld im Ehrenamt: Ein Code of Ethics der gemeinnützigen Organisationen und der Stadtverwaltung sollte verhindern, einen Niedriglohnsektor unter dem Deckmantel des Ehrenamtes zu etablieren. Die LH München muss als Vorreiter fungieren und klar trennen zwischen stundenentlohnter gemeinwohlorientierter Nebentätigkeit und einem unbezahlten Ehrenamt. Die Stadtverwaltung ist tariflohngebunden und die jeweils betroffenen Referate müssen dazu einen klaren Kriterienkatalog erstellen.

5. Ein spendenfinanzierter Fonds für Vereine und Initiativen, die aus eigener Kraft keinen Auslagenersatz oder keine Aufwandspauschale zahlen können, wird eingerichtet. Siehe Förderfonds Hannover www.freiwillig-in-hannover.de/forderfonds/

6. Im Herbst 2017 wird die Auszeichnung „Münchens ausgezeichnete Unternehmen“ starten. Der Fachbeirat begrüßt, dass die Auszeichnung nun nach mehreren Jahren der Planung zur Umsetzung kommt. Um mit diesem Projekt allerdings eine große Öffentlichkeitswirksamkeit für das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen zu erlangen – und damit Leuchtturmcharakter zu bekommen, so wie es von Anfang an geplant war – bedarf es eines intensiven Personaleinsatzes vonseiten der CSR-LHM Stelle. Um auch die anderen zahlreichen Aufgaben weiter verfolgen zu können, ist dafür eine Personalaufstockung – mindestens ab Anfang 2018 – notwendig. Auch auf der Seite der daran beteiligten Zuschussnehmer (z.B. der Freiwilligen-Agenturen) sollte das Sozialreferat prüfen, wie hoch der anfallende Personalaufwand dafür ist und gegebenenfalls auch dort eine Personalerhöhung finanzieren.

7. Um das gesellschaftliche Engagement noch zielgerichteter nutzen zu können und die positiven Effekte – sowohl für die Unternehmen als auch für die zivilgesellschaftlichen Akteure – verstärken zu können, wäre ein strategischer Austausch zwischen Akteuren der Landeshauptstadt München, Vertretern aus dem Non-Profit-Bereich und der Unternehmerschaft wünschenswert. Bereits in den letzten Berichten hatte der Fachbeirat für mehr Transparenz und Kommunikation plädiert. Vorgeschlagen werden als Dialogformat Round-Table-Reihen, die konkrete, bereits bestehende oder zukünftige Herausforderungen, die für die Stadtgesellschaft relevant sind, aufgreifen. Anlass könnten der nächste Armutsbericht der LHM sein oder die Handlungsfelder der Leitlinie Soziales. In längerfristig angelegten Multi-Stakeholder-Projekten, die an konkreten Herausforderungen anknüpfen, könnten alle ihren Beitrag zur Bewältigung leisten. Dies würde es der Stadt ermöglichen, gezielt Themen und Projekte mit besonderem Unterstützungsbedarf zu positionieren, und die Unternehmen bekämen Anhaltspunkte für zielgerichtetes Engagement.

8. Um das vorhandene Engagement und die Bedarfe besser abzubilden und interessierte Unternehmen passgenauer zu unterstützen, ist es unerlässlich, auch auf der Homepage der LH München eine entsprechende Landing Page „Unternehmensengagement“ einzurichten.

9. Bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge braucht besonders hauptberufliche Unterstützung in Form von Beratung, Begleitung und Orientierung in etablierten Strukturen, aber auch in der Ausformung und Gestaltung initialer Ideen und neuer Projekte. Diese muss kontinuierlich sein und darf nicht von schwankenden Flüchtlingszahlen abhängig sein.

10. Die Rahmenbedingungen für das Engagement im Flüchtlingsbereich dürfen nicht weiter bürokratisch überreguliert werden. Um das Engagement attraktiv zu halten, darf nicht mehr von Freiwilligen verlangt werden, als es dafür gesetzliche Grundlagen gibt (z.B. Einsicht in Führungszeugnisse). Das Netzwerk Willkommen in München muss sich auch Asylhelferkreisen öffnen können, damit zum Engagement bereite Bürgerinnen und Bürger stadtteilnah ins Ehrenamt für Geflüchtete finden. Die bisherige Hürde, dass die Asylhelferkreise nur aufgenommen werden können, wenn sie von all ihren Engagierten ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis einfordern, muss beseitigt werden.

11. Die stationäre Jugendhilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Trägerschaft der Stadt muss Maßnahmen für ein qualitatives Freiwilligenmanagement einführen. Bei den entsprechenden Zuschussnehmern muss die Stadtverwaltung die Empfehlung für eine ausgebildete Freiwilligenkoordination aussprechen.

12. Es ist zu erwarten, dass sich im Flüchtlingsbereich vermehrt eine Fragmentierung und Zersplitterung der Helferinnen und Helfer durch den Auszug von Geflüchteten aus den zentralen Unterkünften ergeben wird. Die bestehenden Strukturen in den Stadtteilen sind nicht für diese zusätzlichen Aufgaben vorbereitet. Auch wenn entsprechende Konzepte bereits entwickelt sind, werden zusätzliche Ressourcen benötigt, da im Sozialraum aktuell kein Spielraum existiert. Für diese veränderte Situation braucht es stadtteilbezogene Anlaufstellen, die personell und räumlich entsprechend ausgestattet sind.

13. Das Projekt SAMO.FA leistet einen zentralen Beitrag zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit eigenem Migrationshintergrund sowie Migrantenorganisationen. Das Projekt SAMO.FA ist aktuell bis 31. Dezember 2017 befristet. Der Stadtrat wird gebeten, ein positives Signal an den Projektträger – die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration – zu senden, um die Verlängerung bis zum 31. Dezember 2018 zu unterstützen.

14. Für das Erstellen der Leitlinien und Konzepte, das Vorhalten der Helfer-Kits und die Schulung von Personal, das im Ernstfall geeignet ist, mit den Spontanhelferinnen und -helfern auf Augenhöhe zu kommunizieren, braucht es angemessene Personal- und Sachressourcen in der für den Katastrophenschutz zuständigen Behörde Branddirektion. Im Rahmen der Konzeptentwicklung sollte geprüft werden, inwieweit die Freiwillige Feuerwehr mit ihren ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern hier verantwortlich eingebunden werden kann.

München, den 29. September 2017
Fachbeirat für Bürgerschaftliches Engagement
Geschäftsführung: FöBE Förderstelle für Bürgerschaftliches Engagement
Ringseisstraße 8a
80337 München
www.foebe-muenchen.de